



AUSGABE 11 · 35. JAHRGANG · 13. WAHLPERIODE · 06.10.2004

Schulen

S. 3

Gegliedertes Schulsystem oder „Einheitsschule“ – mit dieser Strukturfrage wird sich allenfalls der neue Landtag befassen. Das ergab sich bei der leidenschaftlich geführten Debatte um die Regierungserklärung zur Schulpolitik.

Strompreise

S. 6

Die angekündigte Strompreiserhöhung hat der Landtag auf den Prüfstand gestellt. Mehr Wettbewerb soll für geringere Energiekosten sorgen.

Testlauf

S. 9

Der Landtag im Probelauf: Einzelne Elemente der geplanten neuen Geschäftsordnung stehen derzeit in der Praxis der Parlamentsarbeit auf dem Prüfstand.

Bahn

S. 15

Lebhaftes Interesse: Im Verkehrsausschuss stellte Bahnchef Hartmut Mehdorn das Projekt „Herbst 2004“ vor. Der DB-Vorstandsvorsitzende versprach mehr Pünktlichkeit im NRW-Nahverkehr.

Warten auf ein neues Organ – in Nordrhein-Westfalen dauert das lang, oft zu lang: Immer wieder sterben Patienten auf der Warteliste. Den meisten Menschen ist der Gedanke, sie könnten nach ihrem (sicheren) Tod Herz oder Niere einem Totkranken spenden, nicht fremd. Aber sie zögern, sich festzulegen und einen Spendeausweis bei sich zu tragen. Das soll sich ändern. Im Land wird die Öffentlichkeitsarbeit verstärkt. Es werden die strukturellen Hindernisse im Krankenhauswesen angegangen. Vor fünf Jahren beschäftigte sich der Landtag mit dem Thema Organspende. Schon damals klagte man über die zu geringe Zahl. Seitdem hat sich manches zum Besseren gewendet. Aber immer noch nicht genug: Nordrhein-Westfalen muss und will aufnehmen (Seiten 11 bis 13).

Foto: Schälte

Wort und Widerwort:

Welche Zukunft hat die Steinkohle in Nordrhein-Westfalen?

Der Weg der Steinkohle ist an einem Wendepunkt – zum Besseren, wie die SPD überzeugt ist: Steigende Weltmarktpreise für Kokssteinkohle, der Exportschlager Bergwerkstechnologie und neue Auszubildende im Bergbau seien der Beweis für den hohen Stellenwert der Kohle im Energiemix. Die anderen Fraktionen sind da zurückhaltender. Die CDU sieht die Steinkohle „von einer Renaissance so weit entfernt wie vom Mond“. Die Liberalen fordern den schnellstmöglichen Ausstieg und die Verwendung der eingesparten Subventionen für Zukunftsaufgaben. Der grüne Koalitionspartner erteilt Gedanken an staatliche Gelder für eine neue Zeche eine Abfuhr: Wenn die sich rechnen, dann sei die Wirtschaft bei der Finanzierung am Zuge (Seite 10).



Organspende – Start in ein neues Leben

Inhalt

Inhalt/Editorial	2	
Streit um die beste Schule	3	
Frauengerechte Gesundheitsversorgung	4	
Landtag debattiert die anstehenden Sozialreformen	5	
Steigende Strompreise – oder nicht?	6	
Korruptionsregister für schwarze Schafe	6	
Finanzpolitik der Landesregierung	7	
Akute Finanznot der Gemeinden	7	
Landtag überlegt Strafen gegen „Stalking“	8	
Debatte über Sicherheitslücken in Gefängnissen	8	
Der Landtag testet Neuerungen der Parlamentsarbeit	9	
Rechtschreibreform	9	
Wort und Widerwort	10	
<i>Welche Zukunft hat die Steinkohle in Nordrhein-Westfalen?</i>		
„Aktion Leben retten“	11	
„Spendebereitschaft besser nutzen“	12/13	
<i>Interviews mit den gesundheitspolitischen Sprechern der Fraktionen</i>		
Ausschuss zieht Folgerungen aus der Olympiade in Athen	14	
Bahnchef Mehdorn stellt Verkehrskonzept für den Herbst vor	15	
Aktuelles aus den Ausschüssen	16	
Mehr Selbstverantwortung für Hochschulen	17	
Aus den Fraktionen	18	
Porträt der Woche: Ralf Jäger (SPD)	19	
Tag der Medienkompetenz	19	
Impressum	19	
Geburtstage und Personalien	20	

Ja zur Organspende!

In Deutschland wäre mein Kind gestorben.“ Monika Kracht hat ihre Tochter, als sie viereinhalb Jahre alt war, zur Lebertransplantation nach Amerika gebracht. Seitdem kümmert sie sich um Organtransplantierte. Sie ist die Vorstandsvorsitzende des Bundesverbandes der Organtransplantierten (BDO), in dem sich auch Christina Rau als Schirmherrin engagiert. Bundesweit gibt es mittlerweile 20 regionale Selbsthilfegruppen, der Verband zählt inzwischen 1.300 Mitglieder. Die meisten von ihnen haben ein neues Herz, eine neue Leber oder neue Nieren bekommen.

Eine transplantierte Niere funktioniert im Schnitt elf, ein Herz sieben Jahre lang. Die Lebensqualität der Betroffenen hat sich in vielen Fällen deutlich verbessert. Doch in Nordrhein-Westfalen warten immer noch 2.400 Menschen auf eine Organspende.

SCHLUSSLICHT

Viele Organe, die in NRW transplantiert werden, kommen aus anderen Bundesländern. Etwa 700 Transplantationen werden pro Jahr in NRW in acht Kliniken gemacht. Die Deutsche Stiftung Organtransplantation (DSO) stellt rund um die Uhr einen Bereitschaftsdienst für die Koordination der Organspende zur Verfügung. In NRW gibt es folgende Transplantationszentren: Aachen, Bochum, Bonn, Düsseldorf, Essen, Köln, Münster und Bad Oeynhausen. Die Besonderheit in NRW: Es gibt 343 Krankenhäuser mit Intensivstationen. Viele Kliniken davon sind klein, 48 Prozent haben weniger als 300 Betten.

Nordrhein-Westfalen bildet das Schlusslicht in Sachen Organtransplantation. Und dies, obwohl die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger groß ist. Einer Umfrage nach ist die Zustimmung zur Organspende hier am höchsten, doch die Spenderzahl am geringsten. Kritisiert wird vom BDO, aber auch von der DSO, dass sich nur 40 Prozent der Kliniken mit Intensivstationen in NRW an der Organspende beteiligen. 60 Prozent der Kliniken geben die potenziellen Spender erst gar nicht an.

Das hat vielfältige Gründe: Die Kliniken in NRW klagen über zu wenig Personal. Auch wird zu wenig Öffentlichkeitsarbeit gemacht. Landtagspräsident Ulrich Schmidt ruft alle Bürgerinnen und Bürger in NRW dazu auf, sich einen Organspendeausweis zuzulegen. **SH**

Streit um die beste Schule

Regierungserklärung offenbart tiefe Gegensätze

Mit Beginn des Schuljahres besuchen 35.000 Kinder in Nordrhein-Westfalen eine der mittlerweile 703 Ganztagsgrundschulen. Die Entwicklung dieses Projektes stand im Mittelpunkt der Regierungserklärung von Schulministerin Ute Schäfer (SPD). Einer Erklärung, an der sich vier Tage vor der Kommunalwahl im Plenum am 22. September eine Generaldebatte über Schulsystem und -politik in NRW entzündete.



Helmut Stahl (CDU)

Edgar Moron (SPD)

Ralf Witzel (FDP)

Sylvia Löhrmann (GRÜNE)

Schulministerin

Ute Schäfer (SPD) stellte fest, die neue Schule biete Lernen und Fördern, Beratung und Freizeit – alles unter einem Dach. Hier wirkten unterschiedliche Professionen in Bildung, Erziehung und Betreuung zusammen. Die Offene Ganztagsgrundschule liefere einen wesentlichen Beitrag zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Deshalb werde die Landesregierung den Ausbau zügig weiter betreiben. Bis zum Schuljahr 2007/2008 könnten 200.000 Plätze angeboten werden; damit werde ein Viertel der Grundschüler erreicht. Mit der neuen Schuleingangsphase im nächsten Jahr ermögliche man allen Kindern einen Start, der Individualität und Entwicklungsstand gerecht wird. Die Einführung von Englisch in der 3. und 4. Grundschulklasse sei ein Schritt auf dem Weg zur Internationalisierung von Bildung. Erste Schritte zum Aufbau der Qualitätsagentur und Entwicklung der Schulinspektion sollten noch in diesem Jahr erfolgen. Sie seien eingebettet in eine Reform der Schulaufsicht, mit der die Qualitätsentwicklung der zunehmend selbstständigen Schulen vorangetrieben werde.

Helmut Stahl (CDU) freute sich mit den Eltern, dass Bewegung in das Angebot an Ganztagschulen gekommen ist. Dennoch: Ganztagschulen, wie die CDU sie sich vorstelle, sollten nicht nur Betreuung sein. Die Erklärung der Ministerin zeichne eine heile Welt und nicht die Realität. Nach PISA könnten 25 Prozent der jungen Leute, die nordrhein-westfälische Schulen verlassen, nicht sicher rechnen, lesen oder schreiben. Nirgendwo hänge es so vom Elternhaus ab, ob Kinder eine Chance haben. Die Ministerin beschwöre mehr Studierende, streiche aber bis 2009 an Hochschulen 30.000 Stellen. Weiter an die Adresse der Ministerin gerichtet sagte er: „Sie sagen, Sie wollen keinen Schulkampf. Sagen Sie die Wahrheit. Sagen Sie,

kindgerechte Qualität an Kindergärten und Schulen, die dem Begriff „selbstständige“ Schule tatsächlich entsprechen. „Wir wollen die Weiterentwicklung des bewährten, gegliederten Schulwesens.“

Edgar Moron, SPD-Fraktionsvorsitzender, antwortete: „Wortblasen im Wahlkampf – das war’s! Das hilft uns nicht weiter.“ Die Regierungserklärung zeige klar auf, wo es hingehe. Die SPD-Fraktion stütze das. Die letzten vier Jahre seien Jahre der bildungspolitischen Reformen gewesen. Viele Schritte seien eingeleitet worden, und zwar bereits vor der PISA-Studie. Danach habe man einen Gang zugelegt. Dieser Politik habe die CDU nichts Ernsthaftes entgegenzusetzen gehabt: „Sie haben nur rumgemeckert. Jetzt wollen Sie auf den fahrenden Zug aufspringen.“ Die SPD frage, was in unseren Schulen besser zu machen sei. Moron: „Wir brauchen mehr Durchlässigkeit von unten nach oben. Wir wollen die Defizite des bestehenden Schulsystems abbauen.“ Erst wenn sich herausstelle, dass dies nicht gelingt, müsse eine Debatte über die Schulstruktur geführt

dass Sie die Einheitsschule wollen.“ Für die Union gelte: Mehr

werden. Und: „Was Sie in Ihrem Zukunftsprogramm gefordert haben, haben wir längst auf den Weg gebracht.“

Ralf Witzel (FDP) wandte ein, als Anlass für die Aktuelle Stunde wähle die Koalition die Offene Ganztagschule: „Das tun Sie nur, um damit von den etlichen Problemen und den Qualitätsmängeln des Bildungssystems abzulenken. Sie haben die Bildungspolitik vor die Wand gefahren.“ Ganztagschule von Rot-Grün sei die erste Schule ohne Lehrer: 703 Ganztagschulen, 13 Lehrer zum neuen Schuljahr. Es sei ein Einsparmodell, wenn versierte Kräfte in Horten entlassen

würden – 4.000 in Nordrhein-Westfalen, 40.000 Hortplätze, die wegfallen. Es gebe neben der Ganztagschule dringendere Herausforderungen für unser Bildungssystem: Unterrichtsausfall, Verbindlichkeit und auch Ehrlichkeit von Bildungsabschlüssen und mehr Validität.

Ute Schäfer (SPD)



Sylvia Löhrmann, GRÜNE-Fraktionsvorsitzende, urteilte, Bildung habe Priorität. Die Schulministerin habe darauf hingewiesen, dass NRW die Bildungsausgaben in den letzten fünf Jahren um zwölf Prozent gesteigert habe – mehr als doppelt so viel wie der Bundesdurchschnitt. Mit der Ganztagschule gehe man neue Wege. Bildung sei mehr als Schule, Schule mehr als Bildung. Man müsse weg von der „detailbesessenen inputorientierten Steuerung“ hin zu klaren Vorgaben von Bildungsstandards. Die Fraktionsvorsitzende weiter: „Natürlich wissen wir Grünen, dass wir nicht von heute auf morgen ein anderes Schulsystem durchsetzen können. Natürlich wissen wir, dass ein integratives System allein keine bessere Lernkultur schafft. Aber das gegliederte System behindert diese strukturell.“

Die deutsch-israelischen Beziehungen bedürfen besonderer Pflege. Dies betonte Landtagspräsident Ulrich Schmidt bei dem Besuch von Abgeordneten des israelischen Parlaments, der Knesset. Der Landtagspräsident, der seit neun Jahren die deutsch-israelische Parlamentariergruppe leitet, unterstrich den besonderen Wert des Jugendaustauschs. Die israelischen Gäste interessierten sich bei ihrem Besuch in NRW besonders für den Föderalismus, den sie aus ihrer Heimat nicht kennen. Mit Blick auf die politische Situation in Israel sprach sich Ophir Pines-Paz für einen Rückzug aus dem Gaza-Streifen aus. Unser Bild zeigt den Landtagspräsidenten (M.) mit den Abgeordneten (v.l.) Colette Avital, Ophir Pines-Paz, Eli Oren und Galib Magadla.

Foto: Schälte



Noch ist Gesundheit meist männlich

Plenum erörtert Abschlussbericht

Marianne Hürten (GRÜNE) erläuterte als Kommissionsvorsitzende:

„Unsere Kommission hat in einem hohen Maße beteiligungsorientiert gearbeitet. Die Durchsetzung einer frauengerechten Gesundheitsversorgung ist nicht allein Sache der Politik, sondern hängt in einem selbst verwalteten Gesundheitswesen maßgeblich vom konkreten Handeln der Akteure ab.“ Der Einsetzungsbeschluss habe eine Bestandsaufnahme gefordert, Defizite sollten erfasst, Ursachen analysiert und darauf aufbauend Empfehlungen ausgesprochen werden. Daher seien Leitthemen formuliert worden:

- Interkulturelle Kompetenz als Schlüsselqualifikation bei der Stellenbesetzung sichert jeder Migrantin Zugang zur besten gesundheitlichen Versorgung.
- Durch Anerkennung eines Burn-Out-Syndroms als Voraussetzung für eine Mutter-Kind-Kur werden Lebensumstände angemessen berücksichtigt.
- Gender-sensible Präventionskonzepte berücksichtigen die gravierenden Geschlechterunterschiede in Bezug auf Tabakrauchen.
- Konsequente Beteiligung von Frauen in der Forschung gewährleistet die notwendigen Erkenntnisse für eine frauengerechte Gesundheitsversorgung.
- Umfassende Informationen über Chancen und Risiken einer Therapie eröffnen Entscheidungsmöglichkeiten.
- Abwechslung, Entscheidungskompetenzen und positive Rückmeldungen unterstützen

Wie steht es im Lande um die gesundheitliche Versorgung von Frauen? Mit dieser Frage hat sich in den vergangenen Jahren eine Enquetekommission des Landtags beschäftigt. Die Ergebnisse der 21 Gespräche mit insgesamt mehr als 300 Expertinnen und Experten und die im Abschlussbericht enthaltenen Handlungsempfehlungen an die Landesregierung zur „Zukunft einer frauengerechten Gesundheitsversorgung in NRW“ (Drs. 13/458) waren Gegenstand der Landtagsdebatte.

Arbeitnehmerinnen dabei, Ressourcen zum Erhalt ihrer Gesundheit zu nutzen.

Inge Howe (SPD) teilte mit, Frauen würden in NRW nicht nur anders versorgt, sie erführen in vielen Bereichen auch eine wesentlich schlechtere Versorgung als Männer. Völlig klar sei, dass vor allem die strukturellen Rahmenbedingungen geändert werden müssten. Zurzeit stünden hohe finanzielle Belastungen im Gesundheitssystem im Vordergrund. Völlig in den Hintergrund geraten seien die Einsparmöglichkeiten, die sich durch frühzeitige und umfassende Prävention, adäquate fachärztliche und integrierte Versorgung erzielen ließen.

Marie-Theres Ley (CDU) wünschte, der gemeinsame Entschließungsantrag solle dazu beitragen, dass die Ergebnisse wirklich umgesetzt werden. Mütter, die nicht erwerbstätig sind, erführen kaum Anerkennung für ihre Arbeit. Die größte Belastung für erwerbstätige Mütter bestehe in der mangelhaften Betreuungssituation der Kinder. Es gibt zu wenige

Behandlungsmöglichkeiten, die auf die Situation der Frauen mit Kindern abgestimmt sind. Brustkrebs sei in Deutschland die häufigste Tumorerkrankung bei Frauen. Ohne die vielen Selbsthilfegruppen wäre die psychische Betreuung noch mangelhafter.

Brigitte Capune-Kitka (FDP) machte geltend, in NRW lebten etwa 1,5 Millionen Frauen mit Migrationshintergrund. Hinzu kämen etwa 600.000 Spätaussiedlerinnen. Auch innerhalb dieser Gruppe müsse wiederum unterschieden werden. Die Sprecherin: „Wir haben insofern dem Bericht in sehr vielen Teilen zustimmen können. Bei einigen hatten wir Magenschmerzen.“ Etwa beim Antrag zur Hormontherapie: Dem habe die FDP die Zustimmung versagen müssen.

Johannes Remmel (GRÜNE) war der Meinung, frauengerechte Gesundheitspolitik sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe auch der Männer. Dass es jenseits soziologischer Fragen schlicht biologische Unterschiede gibt, sei eine Binsenweisheit. Von hier aus sei es nur ein kleiner Schritt zu der Erkenntnis, dass Arzneimittel im Körper von Frauen und Männern auch anders wirken – „Aber weit gefehlt!“ Der Normalpatient, an dem neue Arzneimittel getestet werden, sei immer noch männlichen Geschlechts und Anfang 20.

Gesundheitsministerin Birgit Fischer (SPD) sagte, entscheidend werde die Implementierung in die Praxis sein. Dieser Prozess solle wissenschaftlich begleitet werden. „Mit dem Abschlussbericht können wir nun auf fundierte Stellungnahmen zurückgreifen. Je nach Ergebnis werden wir unsere eigene Schwerpunktsetzung in dem einen oder anderen Fall neu justieren.“





„Operation am Nerv des sozialen Deutschland“

Landtag debattiert die anstehenden Reformen

Auf Antrag von SPD und GRÜNEN hat sich der Landtag mit dem Thema „Den Sozialstaat erhalten, notwendige Reformen umsetzen“ auseinander gesetzt. Wenige Tage vor der Kommunalwahl im Land am 26. September prallten die Meinungsgegensätze von Regierungs- und Oppositionslager hart aufeinander.



Michael Groschek (SPD)

Hermann-Josef Arentz (CDU)

Fotos: Schälte

Michael Groschek (SPD) meinte mit Blick auf das Abschneiden der Rechtsextremen bei der gerade stattgefundenen sächsischen Landtagswahl, es sei nun in NRW wichtig, ein Zeichen zu setzen „gegen Wankelmut und gegen Lavieren“. Gerade dies warf er dem Vorsitzenden der NRW-CDU vor. Jürgen Rüttgers verlange eine Generalrevision von Hartz IV und äußere sich widersprüchlich zur Bezugsdauer von Arbeitslosengeld. Gerade mit dieser Politik sei der sächsische Ministerpräsident Milbradt, den Groschek in diesem Zusammenhang als „Sachsen-Jürgen“ apostrophierte, gescheitert. Groschek: „Wankelmut schürt die Glut der Feinde der Demokratie.“ Die Folge: Die CDU habe Stimmen verloren, die NPD Stimmen gewonnen. Die CDU komme als neue Union im Westen mit hohem Anspruch daher, „in Wahrheit hüten Sie ein ganzes Gestüt politischer Schaukelpferde“. Aber, so der Sprecher zum Schluss: „Sie haben in Nordrhein-Westfalen ausgeschaukelt. Wir werden Ihnen nicht die Gelegenheit geben, die Wählerinnen und Wähler in diesem Land zu verschaukeln!“

Hermann-Josef Arentz (CDU) hielt dagegen. Es sei wahrscheinlich keine kühne Prognose, „wenn ich sage: Sie werden am kommenden Sonntag das negative Rekordergebnis der SPD

bei der Kommunalwahl von 1999 noch einmal unterbieten. Aber wer 9,8 Prozent in Sachsen als Erfolg feiert, wird wahrscheinlich auch 29 Prozent in Nordrhein-Westfalen als Erfolg bejubeln“. Der Ministerpräsident des Landes sei ein „Rekordmeister im Negativen“: Jeden Tag seien in den letzten zwei Jahren 31 Unternehmen Pleite gegangen. An Steinbrück gewandt: „Mit Ihrer Politik haben Sie Hunderttausende von Arbeitslosen auf dem Gewissen. Das Kennzeichen des Ministerpräsidenten sind Ruppigkeit und Schrofheit, Kälte und Versagen auf dem Arbeitsmarkt. Deswegen wenden sich die Menschen von Ihnen ab.“

Barbara Steffens (GRÜNE) urteilte, wer ohne Konzept eine Generalrevision von Hartz IV fordere, der laufe als „Blender“ durchs Land, denn in Wahrheit wolle die CDU noch härtere Regelungen und sei für eine Verschärfung der Reform eingetreten. Das sei „absolute Heuchelei und ein Vergehen an den Menschen“, betonte sie. Im Übrigen werde man genau beobachten, was in Kommunen geschehe, wo die

Union regiere: Sie habe gehört, dass in Emmerich jetzt schon Sozialhilfeempfängerinnen ihrer Wohnung verwiesen würden, in einem Fall wegen 46 Euro – „das ist Sozialpolitik der CDU vor Ort“, meinte Steffens.

Dr. Gerhard Papke (FDP) zeigte sich mit Blick auf die Öffentlichkeit enttäuscht: „Die Menschen erwarten, dass hier nicht Wahlkampf betrieben wird – vielleicht bis zum 22. Mai nächsten Jahres –, sondern sie erwarten konkrete Maßnahmen und keine Überschriften.“ Es gehe heute um die Antwort auf die Frage: Reichen die beschlossenen Reformen aus, um „die Pleitewelle mittelständischer Betriebe, Massenarbeitslosigkeit in den Griff zu bekommen und den Exodus von Arbeitsplätzen zu stoppen?“ Seine Antwort: „Wir brauchen eine zweite Welle an Reformen, die die Wachstums- und Investitionsbedingungen für den Mittelstand weiter verbessert.“ Sonst würden die Probleme nicht gelöst. Papke verwies in diesem Zusammenhang auf die bessere Situation von Ländern wie der Schweiz und Dänemark, wo es praktisch keinen gesetzlichen Kündigungsschutz gebe.

Arbeitsminister Harald Schartau (SPD) sah eine große politische Leistung darin, dass den Reformen auf dem Arbeitsmarkt im Vermittlungsausschuss Partei übergreifend zugestimmt worden sei. „Das erfordert aber auch, dass alle, die diesen Konsens wollten und ihre Hand für die Reformen gehoben haben, nun auch in aller Öffentlichkeit für diese Reformen einstehen müssen.“ Auch wenn sich in absehbarer Zeit herausstellen sollte, dass der eine oder andere Veränderungsbedarf an den Reformen bestehe, brauche man jetzt den „Praxistest“. Der Minister: „Wir können nicht jede Situation theoretisch durchspielen, wenn wir



Barbara Steffens (GRÜNE)

Harald Schartau (SPD)

Dr. Gerhard Papke (FDP)

am blanken Nerv des sozialen Deutschland operieren.“ Wenn sich da einer hinstelle und den Menschen sage, „es geht auch ohne Schmerzen“, das sei dann der Tod jeder Reform.

Steigende Strompreise — oder nicht? Debatte mit wechselnden Schuldzuweisungen

Einstimmig hat der Landtag die Stromkonzerne zur Zurückhaltung und die Landesregierung zur kritischen Prüfung der Anträge auf Strompreiserhöhung aufgefordert. Auf Antrag der Regierungsfractionen SPD und GRÜNE (Drs. 13/5951) hieß es Ende vergangenen Monats im Plenum: „Mehr Wettbewerb bei Strom und Gas.“

Marc Jan Eumann (SPD) unterstrich, NRW sei das größte Energieland. „Es geht nicht um pauschale Vorwürfe gegen die Stromindustrie“, stellte er klar, „es geht vielmehr um die schwierige Balance zwischen den Interessen der klein- und mittelständischen Wirtschaft, der Gewerbetunden und der Verbraucherinnen und Verbraucher auf der einen und einer leistungsfähigen Netzinfrastruktur auf der anderen Seite“.

Reiner Priggen (GRÜNE) erklärte, das Hauptproblem sei, „dass wir in der Energiewirtschaft keinen Markt haben. Wir haben vier Versorger, die sich fast 90 Prozent des Marktes teilen“. Dort, wo kein Wettbewerb sei, müsse man ihn herstellen. Die Durchleitungskosten lägen in Deutschland mit sechs Cent höher als in allen anderen Ländern, wo sie zwei bis drei Cent

ausmachten. Damit seien sie höher als die Kosten für regenerative Energie.

Christian Weisbrich (CDU) fand, man hätte sich die Debatte über „diesen Schaufensterantrag“ sparen können, wenn die Bundesregierung die EU-Vorgaben zur Regulierung der Netzzugänge pflichtgemäß zum 1. Juli 2004 umgesetzt hätte. Aber bei ihrer Kritik sollte sich Rot-Grün an die eigene Nase fassen: Ihre Energievision umzusetzen, „vom Atomausstieg bis zum Abkassieren für Windräder“, belaste die Haushalte mehr als die Preispolitik der Stromkonzerne.

Dr. Gerhard Papke (FDP) sah in den Grünen die „eigentlichen Preistreiber bei den Energiekosten“. Angesichts der Preiserhöhungspolitik in Berlin erhalte der Antrag von Rot-Grün in

Düsseldorf „eine geradezu bizarre Perspektive“. Wenn der „energiepolitische Irrsinn“ weitergehe, dann drohten im Jahr 2020 durch den Ausbau der Windenergie zusätzliche Netzkosten in Höhe von 18 Milliarden Euro.

Energieminister Dr. Axel Horstmann (SPD) nannte das alles nicht wahr und machte deutlich, dass die Landesregierung ihre Aufgaben bei Preisaufsicht und Missbrauchskontrolle ernst nehme. Interessant sei, dass die CDU, nachdem sie in ihren Kommunen die Stadtwerke privatisiert habe, nun plötzlich nach dem Staat rufe, wunderte sich der Minister und warf der FDP vor, sie stehe mit denen in einer Reihe, die Preiserhöhungen im Windschatten der Monopolstellung bei den Strom- und Gasnetzen mit dem Argument durchsetzen wollen, „der Windstrom sei so teuer“.

Fotos: Schälte

Öffentliche Hand greift zum eisernen Besen Korruptionsregister für schwarze Schafe

Bestehende Lücken will Rot-Grün mit dem Gesetz zur Verbesserung der Korruptionsbekämpfung (Drs. 13/5952) schließen. In ein landesweites Korruptionsregister sollen Firmen aufgenommen und in der Folge bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen ausgeschlossen werden, die als unzuverlässig gelten. Der Entwurf wurde nach erster Lesung am 22. September einstimmig an den federführenden Innenausschuss überwiesen.

Frank Baranowski (SPD) erklärte, man setze im Kampf gegen Korruption auf Prävention und Repression. Das Register nehme Daten schon während der Dauer und Durchführung eines Straf- oder Bußgeldverfahrens auf. Der Vorwurf, damit werde gegen die Unschuldsvermutung verstoßen, entbehre jeder Grundlage.

Monika Düker (GRÜNE) unterstrich, künftig müssten schwarze Schafe mit durchgreifenden

Sanktionen rechnen. In Zukunft gälten Offenlegungspflichten auch für kommunale Mandatsträger. Rot-Grün formuliere damit den Anspruch, filz- und korruptionsfrei zu agieren.

Peter Biesenbach (CDU) urteilte, an keiner Stelle des Entwurfs werde zu Abschreckung und Transparenz beigetragen. Rot-Grün wähle einen ideologischen Ansatz: Man wolle am Ende kontrollieren, seine Fraktion aber wolle

Wettbewerb von Anfang an. Also Vier-Augen-Prinzip bei Ausschreibungen, Prüfung und Vergaben und Einbeziehen von freihändigen und beschränkten Vergaben öffentlicher Aufträge.

Dr. Robert Orth (FDP) fand, beim Kampf gegen Korruption dürfe nicht der Rechtsstaat beschädigt werden. Darum solle nur der an den Pranger, der tatsächlich verurteilt sei. Wenn Unternehmen ins Register kämen, die keine Taten begangen hätten, dann seien Arbeitsplätze gefährdet. Das wolle die FDP auf keinen Fall.

Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD) erinnerte an die bisherigen Antikorruptionsmaßnahmen der Landesregierung, in die passe das Korruptionsregister hinein. Es mache das bestehende Register für den Landesbereich jetzt auch für die Kommunen verpflichtend. Rechtsstaatliche Vorgaben würden nicht verletzt. Der Entwurf sei gut und für die Bundesrepublik einmalig. Jetzt könne mit „eisernem Besen“ gekehrt werden.

„Probleme haben auch andere“

CDU: Finanzpolitik auf die Zukunft ausrichten

Zu einer Generalabrechnung mit der Finanzpolitik der Landesregierung setzt die CDU-Fraktion mit ihrem Antrag „Unsere Finanzpolitik muss eine solide Grundlage für die Zukunft schaffen – Anspruch und Wirklichkeit haben nichts miteinander zu tun“ (Drs. 13/5947) an. Die Debatte über diesen Antrag verlief am 22. September im Plenum kontrovers. Am Ende lehnte Rot-Grün den Antrag ab.

Helmut Diegel (CDU) rechnete vor, der jetzige Ministerpräsident habe 2002 versucht, aus dem „Gefängnis der roten Zahlen auszubrechen“. Aber es seien keine Vorschläge gekommen. Wie sonst wäre es zu erklären, dass Steinbrück allein im letzten Jahr 6,6 Milliarden neue Schulden gemacht hat und dass im Jahr 2004 mehr als sechs Milliarden Euro neue Kredite erforderlich sein werden. Diegel: „Herr Steinbrück ist das politische Sicherheitsrisiko für die Zukunft dieses Landes.“

Michael Groschek (SPD) fragte nach dem Ausgangspunkt dieses Antrages. Seine Ant-

wort: „Das war doch eine Sommerloch-schwarzmalerei par excellence.“ Deshalb müsse man der Union vorhalten, dass ihr gerade in NRW „der Klatschmarsch auf den Demos vor dem Landtag“ viel wichtiger sei als ein solider Beitrag zur Perspektive der Finanzpolitik hier im Haus. Sie könne nicht sagen, wir müssten noch mehr investieren und noch weniger Zinsbelastung schultern.

Angela Freimuth (FDP) äußerte: „Wir haben festzustellen, dass die Haushalte 2001 und 2002 gegen die Verfassung verstoßen.“ Für die FDP

stehe fest, dass die Politik – auch die Finanz- und Haushaltspolitik – von SPD und Grünen gegenüber den nachfolgenden Generationen unverantwortlich sei. Jeder Euro Subvention für die Steinkohle stelle einen Euro dar, der für Bildung und Forschung, der für die Zukunft fehlt.

Edith Müller (GRÜNE) ironisch: „Herr Diegel, Sie haben sich mit Ihrer Rede wirklich extrem profiliert. Sie werden der Gelddrucker Nummer eins in Nordrhein-Westfalen.“ Vier Milliarden Euro fehlen – „bitte schön, schließen wir einmal kurz die Lücke“. Kein Wort dazu, wie in diesem Haushalt, der nur noch 500 Millionen Euro freiwillige Leistungen zur Verfügung hat, diese Milliarden erwirtschaftet werden sollen.

Finanzminister Jochen Dieckmann (SPD) fand es angenehm, dass der haushaltspolitische Sprecher der Union eingeräumt habe, auch andere hätten die gleichen strukturellen Probleme. Dieckmann weiter: „Ich fand Ihr Zugeständnis für die künftige Zusammenarbeit positiv, dass Sie wissen, worauf die Steuerschwäche zurückgeht.“

Franz-Josef Britz (CDU) sagte, die Kommunen in NRW befänden sich in der schwersten Finanzkrise seit Gründung der Bundesrepublik. Eine Besserung sei nicht in Sicht. Und was tue das Land, um die Situation der Gemeinden zu verbessern? Das habe man in der Vergangenheit zwar immer formuliert, aber die Haushalte hätten es nie widerspiegelt.

Ralf Jäger (SPD) kritisierte, dass die CDU-Fraktion das, was sie in ihrer Analyse über den Zustand der Kommunalfinanzen vortrage, durch eigenes Handeln konterkarriere. Tatsache sei, dass NRW 23 Prozent seiner Steuereinnahmen an die Kommunen weitergibt. So viel gebe nur noch Baden-Württemberg.

Christof Rasche (FDP) stellte fest, die Vorschläge der FDP seien bekannt: Senkung der Gewerbesteuerumlage und Konnexität. Beides

Akute Finanznot der Gemeinden

Fraktionen streiten über mögliche Wege aus der Krise

Die Finanzsituation der Städte und Gemeinden in NRW ist dramatisch. 182 der insgesamt 427 Kommunen können trotz erheblicher Einsparungen ihre Haushalte nicht mehr ausgleichen. 72 von ihnen arbeiten sogar mit einem so genannten Not-Haushalt, da ihr Sicherungskonzept nicht genehmigt wurde. Diese Zahlen nennt die CDU in ihrem Antrag „Kommunen stärken – Handlungsspielräume öffnen“ (Drs. 13/5948), den die Koalition in direkter Abstimmung abgelehnt hat.

ist mittlerweile beschlossen – aber leider viel zu spät. Wie die Kassenkredite in Höhe von sieben Milliarden Euro zurückgezahlt werden können, stehe in den Sternen.

Edith Müller (GRÜNE) bekräftigte, die Koalition werde die kommunale Selbstverwaltung

achten. Die Kommunen müssten selbst den Weg finden, aus dieser Lage herauszukommen, auch wenn sie die nicht unbedingt allein zu verantworten haben. Die CDU solle ihre Verantwortung nicht anerkennen; im Bund habe sie eine vernünftige Gemeindefinanzreform verhindert.

Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD) meinte, dass die Finanzlage der Kommunen auch in anderen Ländern ähnlich schwierig sei. Der Minister: „Wir sollten nach tragfähigen Konzepten und Maßnahmen zur Verbesserung dieser Situation suchen. Bei der Suche hilft Ihr Antrag überhaupt nicht weiter. Sie machen nicht einen konkreten Vorschlag.“



Redner und Zuhörer: Der CDU-Abgeordnete Britz (l.) am Rednerpult und Innenminister Behrens (r.) auf der Ministerbank.

Foto: Schälte

Keine falschen Hoffnungen wecken

Landtag überlegt Strafen gegen „Stalking“

Stalking - dieser Begriff bezeichnet die systematische Belästigung und Verfolgung von Personen. Prominente wie normale Bürger sind betroffen. Wie kann die Bestrafung der Täter erleichtert werden? Der Landtag diskutierte einen Antrag der CDU-Fraktion (Drs. 13/5944) sowie einen Entschließungsantrag der FDP-Fraktion (Drs. 13/5997). Das Thema wird im Rechtsausschuss weiter beraten.

Regina van Dinther (CDU) forderte, die hessische Bundesratsinitiative zu unterstützen. Demnach solle Stalking wie in den USA zu einem eigenen Straftatbestand erhoben werden. Die Opfer seien häufig Frauen, die von ehemaligen Partnern aus Eifersucht oder Hass verfolgt würden. So würden zum Beispiel allein in Hessen bis zu 15 Frauen im Jahr nach einer solchen Verfolgung getötet.

Hans-Willi Körfges (SPD) bezweifelte, dass Stalking mit einem eigenen Straftatbestand wirksam bekämpft werden könne. Dies sei verfassungsrechtlich bedenklich. Es sei nicht möglich, den Straftatbestand klar zu fassen. Die CDU verfolge einen „edelpopulistischen Ansatz“. Der Entschließungsantrag der FDP sei Ziel führender. Man solle jedoch keine falschen Hoffnungen nähren.

Dr. Daniel Sodenkamp (FDP) meinte, das Problem der Strafverfolgung bestehe derzeit darin, dass jede Belästigung für sich kaum strafbar sei. Die Formulierungen der hessischen Ini-

tiative seien jedoch viel zu vage. Seine Fraktion unterstütze die Initiative von Rheinland-Pfalz, das Gewaltschutzgesetz auszuweiten – etwa indem auch Kontaktaufnahmen per E-Mail oder SMS verboten werden.

Sybille Haußmann (GRÜNE) sagte, es gebe keinen Beleg dafür, dass zivilrechtliche Anordnungen eine geringere Abschreckungswirkung erzielten. Ihre Fraktion wolle die Evaluation des Gewaltschutzgesetzes abwarten um zu klären, ob es im Vollzug oder bei den gesetzlichen Regelungen hake. Sie setze auf Prävention und eine bessere Ausbildung der Polizei.

Justizminister Wolfgang Gerhards (SPD) erklärte, es gebe „weniger ein Problem mit der Rechtslage als mit der Praxis“. Die hessische Initiative biete nur scheinbar eine Lösung, sei aber verfassungsrechtlich problematisch und „nicht handhabbar“. Praxisbefragungen sollten zeigen, ob Regelungsbedarf bestehe. Viele Opfer wollten gar kein strafrechtliches Verfahren. ☹

Volker Mosblech (L) ist von Landtagspräsident Ulrich Schmidt (r.) Ende vergangenen Monats als neuer Abgeordneter des Landtags Nordrhein-Westfalen verpflichtet worden. Mosblech ist für den ausgeschiedenen CDU-Abgeordneten Herbert Reul nachgerückt. Der Präsident wünschte dem neuen Abgeordneten für die restliche Wahlperiode viel Erfolg und alles Gute.

Foto: Schälte



„Offener Vollzug ist nicht geschlossen“

FDP: NRW-Gefängnismauern haben zu viele Löcher

Rund 500 Gefangene nutzten im vergangenen Jahr die gelockerten Sicherheitsvorkehrungen des offenen Vollzugs, um zu „entweichen“. Die FDP-Fraktion stellte dazu den Antrag „Strafvollzug in NRW - Mauer mit 1.000 Löchern?“ (Drs. 13/5729). Das Plenum überwies den Antrag an den federführenden Rechtsausschuss.

Dr. Robert Orth (FDP) meinte, es gebe erhebliche Sicherheitslöcher. Etwa alle 18 Stunden entweiche jemand aus einer Justizvollzugsanstalt (JVA), jeder Fünfte werde nie wieder gefunden. Der Justizminister „höchstpersönlich“ trage dafür die Verantwortung. Um die abschreckende Wirkung des Vollzugs aufrecht zu erhalten, sei ein „Sofortprogramm“ nötig.

Frank Sichau (SPD) sagte, es gebe keine absolute Sicherheit. „Unsere Justizbehörden tun,

was leistbar ist.“ Die Zahl der Ausbrüche und Entweichungen gehe seit Jahren zurück. Er warf der FDP vor, sie bewege sich „von der liberalen zur populistischen Rechtspolitik“. Jede JVA reagiere bei Entweichungen sofort. Weiterer Handlungsbedarf bestehe nicht.

Dr. Rolf Hahn (CDU) widersprach, es gebe hohen Handlungsbedarf. Die Ursache für die prekäre Situation im Strafvollzug sei allein im Personalbereich zu suchen. Die Haftanstalten

seien überbelegt, jeder Mitarbeiter schiebe 80 Überstunden vor sich her. Eine Teilprivatisierung, wie der Justizminister sie plane, sei keine Lösung.

Sybille Haußmann (GRÜNE) erklärte, Entweichungen seien nicht zu vermeiden. Es sei wichtig, die Häftlinge im offenen Vollzug auf ihre Entlassung vorzubereiten. Die Anstaltsleiter vor Ort wünschten sich eine Ausweitung des offenen Vollzugs. Sie warf der FDP vor, sie bediene mit ihrer Kritik den „rechten Rand unserer Gesellschaft“.

Justizminister Wolfgang Gerhards (SPD) urteilte, ein Sofortprogramm sei nicht nötig. Es werde alles Notwendige getan. Aber: „Ein offener Vollzug ist nun einmal nicht geschlossen.“ Im vergangenen Jahr seien 14.600 Gefangene im offenen Vollzug gewesen. Bei 500 Entweichungen betrage die Relation 0,035. Diese Ziffer gehe seit Jahren zurück. ☹

Aktueller und effizienter Der Landtag testet Neuerungen der Parlamentsarbeit

Auf diesen Beschluss des Ältestenrats hat Landtagspräsident Ulrich Schmidt zu Beginn der Plenarsitzungen am 22. und 23. September hingewiesen und die Abgeordneten um Mitarbeit gebeten. Der Präsident: „Auch alle Zuhörerinnen und Zuhörer sowie die Vertreter der Medien bitte ich um ihre gewohnt kritische Begleitung mit dem Ziel, so zu gesicherten Erkenntnissen für die Entscheidungsträger der nächsten Wahlperiode zu kommen.“

Als Beispiel für die neue Struktur der Plenarsitzungen nannte der Präsident die Einführung einer Kernzeit (mittwochs zwischen 11.30 und 13.30 Uhr sowie donnerstags zwischen 11.30 und 13.00 Uhr). In dieser Zeit sollen politisch bedeutsame, aktuelle und/oder kontroverse Themen behandelt werden. Die in dieser Zeit behandelten Themen sollten auch für die Öffentlichkeit und für die Medien von besonderem Interesse sein und von den Fraktionen als „politisch brisant und wichtig“ eingestuft werden.

„Der Ältestenrat erwartet während der Kernzeit grundsätzlich die Anwesenheit aller Abgeordneten, um diesen Abschnitt des Plenums auch nach außen hin als zentralen Teil der Parlamentsarbeit zu dokumentieren“, mahnte der Präsident und nannte weitere Än-

Der Test für den kleineren Landtag läuft: Weil die Zahl der Sitze im nächsten Parlament von jetzt 201 auf 181 reduziert wird, sollen Effizienz und Attraktivität der Parlamentsarbeit gesteigert und in einer Testphase bis Mai kommenden Jahres von den Abgeordneten des derzeit arbeitenden Landtags erprobt werden.

derungen wie die verkürzten Fristen für die Beantragung von Aktuellen Stunden, der Fragestunde oder sonstiger Tagesordnungspunkte.

So werde die Fragestunde in die Kernzeit des Donnerstags platziert. Er gehe davon aus, dass auch diese Festlegung dem Interesse der Medien und der Öffentlichkeit entgegenkomme. Schmidt weiter: „Als weitere Möglichkeit zur Steigerung der Aktualität wurde außerdem das Instrument der so genannten Eilanträge eingeführt.“ Diese Eilanträge sollen ebenfalls die Aktualität der Parlamentsarbeit steigern

und können zu Beginn einer Sitzungswoche unter Nachweis der besonderen Dringlichkeit beantragt werden. Dem selben Zweck diene auch die neue Regelung, dass Anträge rein fachpolitischer Art direkt in einen Ausschuss weitergereicht werden.

Der Präsident schloss: „Die Testphase zur Effizienz- und Attraktivitätssteigerung der Parlamentsarbeit beginnt heute. Sie soll in einen Vorschlag zur Neufassung der Geschäftsordnung für die nach den nächsten Landtagswahlen beginnende 14. Wahlperiode einmünden.“

So soll es sein: gut besetzter Plenarsaal in der Kernzeit des Parlaments.

Foto: Schälte

Ein „Monster“ in der Debatte

Liberaler fordern Überdenken der Rechtschreibreform

Seit 1998 gilt in Deutschland, Österreich und der Schweiz die neue Rechtschreibung. Ab 1. August nächsten Jahres soll sie verbindlich werden. Die FDP-Fraktion fordert in ihrem Antrag (Drs. 13/5911) eine Überarbeitung des Regelwerks vor Ablauf der Übergangsfrist. Das Plenum überwies den – demonstrativ in alter Rechtschreibung verfassten – Antrag an den Ausschuss für Schule und Weiterbildung.

Ralf Witzel (FDP) sagte, alle wesentlichen Ziele der Rechtschreibreform seien verfehlt worden. Eine Revision sei nötig. Es gebe ein „Sprachwirrwarr“, jede Zeitung setze die Reform anders um. Anwendungsfehler nähmen zu. Die Schüler dürften nicht „dafür bestraft werden, wenn sie die Sprache der Dichter und Denker auch zukünftig verwenden wollen“.

Michael-Ezzo (CDU) stimmte dem Antrag im Wesentlichen zu. Der Leitgedanke seiner Fraktion sei der Bibelspruch: „Prüfet aber alles und das Gute behaltet.“ Die Reform habe

schräge, schiefe und peinliche Sinnverzerrungen hervorgebracht. Rot-Grün zeichne sich durch Autoritätsgläubigkeit und Basisferne aus. „Die Menschen in unserem Land wollen das Monster nicht.“

Hans Frey (SPD) warf der FDP-Fraktion vor, ihre Einwände beruhten auf unbewiesenen Behauptungen. Tatsächlich bestätigten tausende von Lehrerinnen und Lehrern, dass die Kinder mit den neuen Regeln besser zurechtkämen. Weitere großzügige Übergangsregelungen wie die FDP sie fordere, würden „das Chaos tatsächlich erst produzieren“.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) meinte, die Opposition betreibe eine Sommerlochdebatte „auf dem Rücken der Schulkinder“. Diese lernten bereits seit 1998 nach den vereinbarten Regeln. Die neuen Regelungen seien logischer als die der letzten Rechtschreibreform aus dem Jahre 1901. Während sich „insbesondere die älteren Herren“ stritten, stünden junge Leute der Reform offen gegenüber.

Schulministerin Ute Schäfer (SPD) betonte, die Rechtschreibreform sei auf der Grundlage einstimmiger nationaler und internationaler Beschlüsse eingeführt worden. Schriftsteller, Zeitungsverleger, Journalisten und andere Betroffene seien am Reformprozess beteiligt. Die neue Rechtschreibung werde am 1. August 2005 für Schüler, Beamte und Verwaltungsangestellte verbindlich.

VON WERNER BISCHOFF (SPD)

VON CHRISTIAN WEISBRICH (CDU)

Die Steinkohle hat in Nordrhein-Westfalen eine langfristige Perspektive. Dafür hat die Koalition mit den Haushaltsbeschlüssen für die kommenden Jahre einen wesentlichen Beitrag geleistet. Die Steinkohle wird ihren festen Platz im Energiemix der Zukunft haben. Das ist keine politische Wunschvorstellung, sondern wirtschaftliche Realität; die Wirtschaftsvereinigung Stahl- und Metallverarbeitung (WSM) wirbt mit der RAG für eine Ausweitung der Kokskohleförderung. Denn trotz voller Auftragsbücher werden für immer mehr Unternehmen die explodierenden Preise für Koksimporte zur Existenzfrage. Der derzeitige Weltmarktpreis führt dazu, dass in den Führungsetagen der Stahlunternehmen die private Finanzierung einer neuen Zeche durchgerechnet wird. Das ist ein Wendepunkt in der Energiediskussion in Deutschland.

855 Jugendliche haben am 1. September 2004 ihre Ausbildung bei der Deutschen Steinkohle AG begonnen. 90 Prozent davon erlernen Berufe, die auch außerhalb der Steinkohle eine Perspektive bieten. Das ist ein wesentlicher und fühlbarer Beitrag zum Ausbildungspakt in Nordrhein-Westfalen.

Die Bergwerkstechnologie ist ein Exportschlager. Kohle wird noch über Jahrhunderte hinweg die tragende Säule des globalen Energiemixes sein. Solange wir hier Steinkohle fördern, wird unsere Bergbautechnologie ein Exportschlager bleiben. Gemeinsam mit der Kraftwerkstechnologie leistet die Wertschöpfungskette, die auf der Steinkohle aufbaut, einen wesentlichen Beitrag zum Erreichen der Klimaschutzziele.



Realismus ist angesagt: Weltweit werden pro Jahr 4.000 Millionen Tonnen Steinkohle produziert, nur ein halbes Prozent davon bei uns in NRW. Die Förderleistung in Überseegruben beträgt bis zu 16.000 Tonnen je Mannjahr. Deutsche Gruben erreichen allenfalls fünf Prozent dieser Spitzenwerte. Der Produktivitätsrückstand wächst von Jahr zu Jahr, weil selbst die tüchtigsten Bergleute gegen den Tagebau in Übersee keine Chance haben. Angesichts des Nachfragebooms in Asien hat ein australischer Produzent angekündigt, seine Förderleistung kurzfristig um rund 50 Millionen Tonnen Kokskohle zu erhöhen. Zum Vergleich: Deutschland musste im letzten Jahr etwa 6,5 Millionen Tonnen Koks importieren. Von einer Renaissance der deutschen Kohle sind wir deshalb genau so weit entfernt wie vom Mond, selbst wenn am Spotmarkt für Koks kurzzeitig Mondpreise gezahlt werden. Hier werden schließlich nur sieben Prozent des Marktvolumens gehandelt.

Erst jüngst hat die RAG zahlreiche Kokereien stillgelegt, die modernste nach China verkauft und sich gegen gutes Geld von ihren ergiebigen Kokskohlegruben in Übersee getrennt. Ein Ersatz mit Hilfe neuer Subventionen ist für die CDU unvorstellbar. Unsere Forderung heißt weiterhin: Die Kohleproduktion ist bis zum Jahr 2010 sozialverträglich auf 13 Millionen Tonnen zurückzunehmen, damit im Frühjahr 2007 auf der Grundlage eines Monitoringberichtes der EU entschieden werden kann, ob und in welchem Umfang Kohle-Beihilfen nach 2010 weiter gewährt bzw. bis zu welchem Zeitpunkt sie eingestellt werden.



VON DR. GERHARD PAPKE (FDP)

VON REINER PRIGGEN (GRÜNE)

Vor dem Hintergrund gestiegener Weltmarktpreise für Kohle und Koks hat RAG-Chef Werner Müller versucht, eine Debatte über den Bau neuer Zechen loszutreten. Dabei wird der Öffentlichkeit suggeriert, dass die deutsche Steinkohle auf einmal international wettbewerbsfähig wäre. Tatsache ist und bleibt jedoch, dass sich aufgrund der ungünstigen Abbaubedingungen niemals auch nur eine einzige Tonne deutscher Steinkohle subventionsfrei am Markt verkaufen lassen wird.

Eine gezielte Irreführung der Öffentlichkeit sind auch Aussagen, durch eine erhöhte Steinkohleförderung könne die Abhängigkeit von Energieimporten verringert werden. Der Anteil der deutschen Steinkohle am Primärenergiebedarf liegt gerade einmal bei fünf Prozent und wird nach den rot-grünen Steinkohlevereinbarungen bis 2012 auf drei Prozent sinken. Forderungen nach einem höheren Beitrag deutscher Steinkohle zur Energieversorgung sind auch deshalb sinnlos.

Wir können es uns nicht leisten, eine nicht wettbewerbsfähige Branche bis 2012 mit 16 Milliarden Euro Steuergeldern künstlich am Leben zu erhalten. Statt weiterer Subventionsdebatten müssen wir endlich eine Diskussion über den schnellstmöglichen Ausstieg aus der Steinkohleförderung führen. Aus Sicht der FDP brauchen wir die Kohlemilliarden dringend für die Schaffung eines leistungsfähigen Bildungssystems, für Investitionen in Infrastruktur, Wissenschaft und Forschung und den Aufbau wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstrukturen in Nordrhein-Westfalen.



Der Bergbau hat NRW lange Zeit mehr als jeder andere Industriezweig geprägt und war seine industrielle Basis. Doch diese Zeit ist vorbei, der Bergbau in NRW hat eine beeindruckende Vergangenheit, er hat keine Zukunft.

Wenn sich aufgrund der besonders gestiegenen Preise die Erschließung neuer Koksorkommen tatsächlich wieder rentiert, sollte diese auch privatwirtschaftlich finanziert werden. Es gibt ein unternehmerisches Risiko, das nicht vom Staat abgedeckt werden kann. Auch die deutsche Steinkohle muss endlich lernen, sich von der Unterstützung der öffentlichen Hand zu lösen.

Die Stahlindustrie ist verantwortlich für die Demontage der deutschen Kokereien. Sie muss jetzt abwägen, inwieweit sie die deutsche Steinkohle unterstützt und damit ihre Versorgungssicherheit erhöht oder ob sie die Preis- und Versorgungsrisiken des Weltmarkts in Kauf nimmt.

In den öffentlichen Haushalten gibt es keine Spielräume für neue Subventionen. Im Gegenteil: Die gestiegenen Weltmarktkohlepreise führen entsprechend der Beihilferegulungen für die Steinkohle zur Reduzierung der staatlichen Beihilfen: Allein in diesem Jahr müsste hierdurch eine Entlastung des NRW-Landshaushalts von mindestens 100 Millionen Euro möglich sein.

Am Niederrhein ist ein Steinkohlebergbau, der das Hochwasserrisiko stark erhöht, erhebliche Schäden hervorruft und keine Akzeptanz in der Bevölkerung mehr findet, der Anachronismus einer verfehlten Standortpolitik.



„Aktion Leben retten“

Viele kranke Menschen warten zu lange auf neues Organ

Die eine bezeichnet es als „Ausdruck großer Solidarität“, der andere denkt über materielle Anreize nach – beim Thema Organspende herrschen unterschiedliche Ansichten bei Politikern wie bei der CDU-Vorsitzenden Angela Merkel und dem Essener Transplantationsexperten Professor Christoph Broelsch. Eines steht fest: Es gibt für schwer kranke Menschen zu wenig Organe. Der Tod auf der Warteliste ist zu oft Alltag in deutschen Kliniken. Aber wie ist dem Mangel abzuhelfen?

Die Bereitschaft zur Spende eigener Organe bei festgestelltem Hirntod muss, das ist politisch heutzutage unumstritten, gefördert werden. Vorbehalte und Ängste von Menschen, die fürchten, zum Ersatzteillager zu werden, sind ernst zu nehmen, um sie – vielleicht – auszuräumen. Die medizinischen und organisatorischen Voraussetzungen sind zu schaffen; das medizinische und pflegerische Personal ist zu sensibilisieren und vorzubereiten. Besonders in Nordrhein-Westfalen ist da noch einiges zu tun: Dieses bevölkerungsreichste Bundesland steht am Ende der Bereitschaft zur Organspende in Deutschland.

Von einer Million Menschen sind in NRW zwölf willens, der Entnahme von Organen nach dem Tod zuzustimmen. In Bayern sind es 15, Mecklenburg-Vorpommern nimmt mit knapp 26 die Spitzenstellung ein. Bundesweit kommt man auf einen Durchschnitt von 14. Zum Vergleich: In Frankreich sind es 20, in Spanien 34 Organspender pro Million.

An fehlenden gesetzlichen Voraussetzungen liegt es nicht, dass in Deutschland nur halb so viele Organe verpflanzt werden, wie eigentlich erforderlich wären. Ende 1997 ist das deutsche Transplantationsgesetz in Kraft getreten. Damit hat die Bundesrepublik als eines der letzten europäischen Länder gesetzliche Regelungen für die Transplantation geschaffen. Vorangegangen war eine breite Diskussion.

Vor fünf Jahren. Ende September 1999, hat sich der Landtag Nordrhein-Westfalen mit einem Ausführungsgesetz dieses Bundesgesetzes befasst.

Auf den letzten Drücker sozusagen, denn als Termin für das Inkrafttreten dieses Ausführungsgesetzes war der 1. Dezember 1999 festgelegt. Bis dahin musste die Grundlage für die Landeskommision geschaffen sein, die bei einer besonderen Form der Organtransplantation, der Lebendspende, gutachterlich Stellung zu nehmen hat. Mit diesem Gesetz sollte nicht zuletzt dem Organhandel ein Riegel vorgeschoben werden.

Auch bei dieser Debatte ging es um mehr als diese Kommission. „Wir müssen gemeinsam überlegen, wie wir es erreichen können, dass möglichst viele Menschen eine klare und eindeutige Entscheidung in der Frage ihrer Bereitschaft zur Organspende treffen“, meinte der CDU-Abgeordnete Rudolf Henke. Das war aber damals nicht Konsens. Daniel Kreutz von den Grünen wandte ein, es sei begrüßenswert, dass im Gesetz keine Regelungen zu finden seien, die der Förderung der Transplantationsmedizin dienen und die „Signale in die Landschaft setzen, der ordentliche Bürger habe spendebereit zu sein“.

Man sieht: ein umstrittenes Thema, zu dem jeder Einzelne seine eigene Entscheidung treffen muss. Die Daten der Statistik sprechen eine klare Sprache. „Sehr unbefriedigend“ sei, was sich in Nordrhein-Westfalen abspielt, erklärte das Landesgesundheitsministerium vor kurzem. Nach einem Anstieg der Zahl der gespendeten Organe von 2001 auf 2002 um rund ein Viertel, sei im vergangenen Jahr die Zahl leicht von 642 auf 592 zurückgegangen. Für das laufende Jahr zeichne sich für NRW ein deutlicher Rückgang ab. Das hat Gesundheitsministerin Birgit Fischer (SPD) auf den Plan gerufen: „Ich werde mich nicht damit abfinden“, erklärte sie, „dass immer noch viel zu viele Menschen sterben müssen, weil Spenderorgane fehlen. Wir brauchen eine ‚Aktion Leben retten‘.“

JK

Tod auf der Warteliste

„Die Kluft zwischen Bedarf und tatsächlich gespendeten Organen ist in NRW besonders groß. Viele Patienten müssen fast ein Jahr auf die Herztransplantation warten. Trotz Überbrückungsmaßnahmen mit künstlichen Herzen sterben immer noch 20 Prozent der Patienten auf der Warteliste. Daher ist es wichtig, dass jeder Mensch eine Entscheidung zu Lebzeiten trifft, diese in einem Organspendeausweis dokumentiert und auch im Familien- und Freundeskreis darüber spricht.“

Das sagt Professor Dr. Reiner Körfer, Ärztlicher Direktor des Herz- und Diabeteszentrums NRW in Bad Oeynhausen. Das Herz- und Diabeteszentrum zählt zu den renommiertesten Kliniken für Herztransplantationen. Seit 1989 wurden dort 1.387 Herzen verpflanzt, in diesem Jahr wurden bisher 62 Herztransplantationen vorgenommen. Körfer und sein Team setzen sich seit Jahren für eine Lobby der Organspende ein.

Kann Leben retten – ein Organspendeausweis, den aber immer noch zu wenig Menschen (in NRW ist es nur jeder achte Einwohner) mit sich tragen.
Foto: Schälte



„Spendebereitschaft besser nutzen“

Interviews mit den gesundheitspolitischen Sprechern der Fraktionen

Glaubt man den Umfragen, so ist die Organspendebereitschaft in der Bevölkerung sehr hoch. Trotzdem herrscht in Deutschland ein Mangel an Spenderorganen. Laut Deutsche Stiftung Organtransplantation (DSO) sind die Zahlen im ersten Halbjahr 2004 besonders in NRW rückläufig: nur 248 Organspenden, 76 Organspenden weniger als im Vorjahr wurden gemeldet. Über die möglichen Gründe sprach Landtag intern mit Michael Scheffler (SPD), Rudolf Henke (CDU), Dr. Ute Dreckmann (FDP) und Barbara Steffens (GRÜNE).

Das bevölkerungsreichste Land NRW bildet im Vergleich zu anderen Bundesländern das Schlusslicht bei den Transplantationen. Fehlen die Spender oder mangelt es an den medizinisch-organisatorischen Voraussetzungen?

Scheffler: Ich möchte vorab anmerken, dass die Organspendezahlen in NRW von 2001 auf 2002 um 24 Prozent gestiegen sind. Dieser Trend hat sich 2003 stabilisiert. Leider müssen wir jetzt in 2004 feststellen, dass die Zahlen wieder rückläufig sind. Ich glaube, dass dies einerseits damit zusammenhängt, dass das Spendebewusstsein in der Bevölkerung noch nicht so ausgeprägt ist, wie wir es uns wünschen. Wenn ich mir zudem ansehe, dass 2002 in NRW rund 50 Prozent der Organspenden von 15 Krankenhäusern gemeldet worden sind, spricht das dafür, dass hier im Rahmen des organisatorischen Ablaufs nach wie vor Handlungsbedarf besteht. 2002 hat die Gesundheitsministerin mit ganz vielen Akteuren der gesundheitspolitischen Landschaft so genannte Kommunikationsteams in den Krankenhäusern verabredet. Das hat bereits einen Schub in die richtige Richtung gegeben. Trotzdem müssen wir weiterhin dafür sorgen, dass durch eine vernünftige Öffentlichkeitsarbeit mehr Aufklärung betrieben wird.

Henke: Umfragen zufolge sind bis zu 80 Prozent der Menschen grundsätzlich dazu bereit, Organe zu spenden. Über einen Organ-



Michael Scheffler (SPD)

spendeausweis verfügen aber nur etwa zwölf Prozent. Insofern ist man im Todesfall auf die Hilfe der Angehörigen angewiesen, um die Haltung des Verstorbenen zu erfahren. Solche Gespräche sind schwierig, man braucht dafür Kräfte, die entsprechend vorbereitet und geschult sind. Daher hat die CDU-Fraktion schon vor drei Jahren gefordert, in jedem Krankenhaus obligatorisch einen Transplantationsbeauftragten zu bestimmen und dessen Vergütung zu regeln. Dies wurde von Rot-Grün abgelehnt. Stattdessen hat

die Landesregierung auf so genannte Kommunikationsteams gesetzt. Deren Aufgabe sollte es sein, im Krankenhaus für die Organspende zu werben und das Krankenhauspersonal zu unterstützen. Trotz des vermutlich



Rudolf Henke (CDU)

großen Engagements der Gesundheitsministerin für dieses Konzept ist es bis heute wenig vorangekommen. Kommunikationsteams existieren höchstens in einem guten Drittel der Krankenhäuser. Stattdessen profitieren wir in NRW weiter davon, dass die Organ-

spende-Zahlen in allen anderen Bundesländern sowie im europäischen Ausland höher sind als bei uns, zum Teil mehr als doppelt so hoch.

Dr. Dreckmann: Einerseits besitzen zu wenige Menschen in NRW einen Organspendeausweis. Andererseits nehmen viele Kliniken mit Intensivstationen ihre gesetzliche Pflicht nicht wahr, potenzielle Organspender an die DSO zu melden. Grund hierfür ist oftmals die Überlastung der Krankenhausärzte. Zudem ist die Barriere, Angehörige beim Tod eines Patienten auf eine Organspende anzusprechen, sehr hoch. Deshalb wäre es wichtig, dass in jeder dieser Kliniken ein Arzt speziell für den Bereich Organspende verantwortlich ist. Wir haben im Jahr 2001 über den Antrag der CDU diskutiert, in jeder Klinik mit Intensivstation einen Transplantationsbeauftragten zu installieren. Meine Fraktion hat sich damals bei der Abstimmung enthalten. Der Vorschlag der Gesundheitsministerin, in den Kliniken so genannte Kommunikationsteams für diese Aufgabe zu bilden, entspricht eher der Grundüberzeugung der FDP, selbstverpflichtenden Regelungen gegenüber gesetzlichen Vorgaben den Vorzug zu geben. Im Rückblick muss man jedoch feststellen, dass dies nicht den gewünschten Erfolg hatte. In nur 30 bis 35 Prozent der Kliniken sind diese Teams tatsächlich gebildet worden. Das zeigt mir, dass eine freiwillige Lösung nicht ausreicht. Insofern halte ich aus heutiger Sicht das feste Installieren eines Transplantationsbeauftragten auf gesetzlicher Grundlage für die bessere Lösung.

Steffens: Zunächst einmal ist mit Blick auf die Unfallstatistiken festzustellen, dass die Zahl der Hirntoten in den vergangenen zehn Jahren deutlich zurückgegangen ist. Demnach haben wir auch weniger „potenzielle Spender“.

Darüber hinaus haben wir in NRW eine ganz andere Krankenhausstruktur als in anderen Bundesländern. NRW ist sehr stark von kirchlichen Krankenhäusern geprägt, die sich am Anfang der Transplantationsdebatte vehement dagegen gewehrt haben. Daher war von Seiten dieser Krankenhäuser lange Zeit kein aktives Vorantreiben auszumachen. Das ist auch mit ein Grund dafür, dass in NRW bis heute ein Nachholbedarf in der Frage herrscht, wie motivieren wir die Menschen dazu, sich einen Organspendeausweis anzuschaffen. Über Kampagnen haben wir und insbesondere das Gesundheitsministerium vor einigen Jahren verstärkt damit begonnen. Aber wir müssen auch weiterhin aktiv werden und Aufklärungsarbeit leisten, um potenzielle Spender so früh wie möglich zu erreichen. Ich meine sogar, dass die Auseinandersetzung mit dem Tod und die Aufklärung über Organspende bereits in die Schulen gehören.

Hat die Politik alles getan, um die Bereitschaft zur Organspende zu fördern?

Scheffler: Wie bereits erwähnt, gibt es in einigen Bereichen noch Handlungsbedarf. Wir müssen in der Bevölkerung nach wie vor Aufklärungsarbeit leisten. Bei der Auseinandersetzung mit den Themen Sterben, Tod und Organspende stoßen wir in unserer Gesellschaft immer noch auf Tabus. Zum anderen werden wir durch Fortbildung an den Krankenhäusern das Personal, allen voran die Ärzte, dafür sensibilisieren müssen, mögliche Organspender auch tatsächlich zu melden. Selbst Kliniken, an denen transplantiert wird, melden nicht immer automatisch an die DSO. Vielfach haben die Krankenhausärzte das Thema Organspende noch nicht verinnerlicht. Ich weiß nicht, inwiefern bei uns in NRW die sehr stark kirchlich geprägte Struktur der Krankenhäuser dabei eine Rolle spielt. Schließlich befinden sich rund 70 Prozent der Krankenhäuser in kirchlicher Trägerschaft.

Henke: Nein. Die Politik schätzt die Situation in den Krankenhäusern falsch ein. Wir dürfen nicht nur von den wenigen Häusern der Maximalversorgung und solchen mit großen Unfallstationen und neurochirurgischen Abteilungen ausgehen. Dort gehört die Organspende zum Alltag. Gott sei Dank geht die Zahl der Unfallopfer als potenzielle Spender zurück. Wenn wir mehr

Menschen helfen wollen, müssen wir also die Schwerpunktthemen und die Krankenhäuser der Grundversorgung stärker an der Organspende beteiligen. Dort handelt es sich aber oft um Ausnahmesituationen, die vielleicht nur einmal im Monat vorkommen. Ich habe den Eindruck, dass das Thema Organspende in solchen Häusern oft weit unten auf der Prioritätenliste steht. Dafür sorgt auch die Politik, indem sie die Häuser und ihre Verantwortlichen mit ständig neuen bürokratischen Regulationen

und Normen von derartigen Aufgaben ablenkt.

Dr. Dreckmann: Wir müssen ganz sicher die vorhandene Spendebereitschaft in der Bevölkerung besser nutzen.

Wir brauchen groß angelegte Kampagnen mit Plakaten, vielleicht sogar Fernsehspots. Wenn ich mich heute beispielsweise in Apotheken umgucke, dann fällt mir ein Organspendeausweis nicht direkt ins Auge. Man kann ihn zwar dort bekommen, aber meiner Ansicht nach gehören die Ausweise dort auf den Tresen. Ebenso sollten sie in allen öffentlichen Einrichtungen wie zum Beispiel in den Bürgerbüros ausliegen. Ich würde sogar soweit gehen, dass jeder Führerscheinneuling zu seinem Führerschein auch einen Organspendeausweis erhält. Das wäre aus meiner Sicht die einfachste Möglichkeit, den Menschen dabei zu helfen, ihr positives Denken auch in positives Handeln umzuwandeln. Der Hinweis zur Bereitschaft auf Organspende gehört auch in eine Patientenverfügung, eine Betreuungsverfügung und Vorsorgevollmacht.

Steffens: Ich glaube, dass in dem Bereich schon viel passiert ist. Organspende fußt bei uns auf einer soliden Gesetzesgrundlage. Natürlich ist unsere Arbeit damit aber noch nicht abgeschlossen. Ich halte es für

wichtig, auch an anderer Stelle, wie zum Beispiel in Straßenverkehrsämtern oder Fahrschulen, für Organspende zu werben. Wir sollten den Mut aufbringen, auch unkonventionelle Wege zu gehen und die Auseinandersetzung mit dem Tod an andere Orte zu tragen. In unserer Gesellschaft ist dieses Thema meist auf Arztpraxen und Krankenhäuser beschränkt. Dabei müssen wir natürlich im Auge behalten, inwieweit man das der Gesellschaft zumuten kann, da es gerade beim Thema Tod immer noch viele Tabubereiche gibt. Diese sollten jedoch langsam gebrochen werden.

Hand aufs Herz: Haben Sie einen Organspendeausweis?

Scheffler: Ja. Beweggründe waren für mich zahlreiche Gespräche, die ich mit Vertretern der Selbsthilfe geführt habe. Zudem kenne ich einen Patienten, der vor vielen Jahren im Herzzentrum in Bad Oeynhausen operiert worden ist und dessen Lebensqualität sich durch eine Herztransplantation deutlich verbessert hat.

Henke: Ja. Ich habe lange gedacht, es reicht, wenn meine Familie weiß, dass ich die Organspende befürworte und selbst dazu bereit bin. Als Arzt kommt man ja auch zu Hause immer wieder auf das Thema zu sprechen. Seit ich mich öffentlich für die Spende engagiere, habe ich einen Ausweis, weil es dann leichter ist, bei anderen für die Spendebereitschaft zu werben. Meine Familie wusste immer, dass ich im Fall der Fälle zur Spende bereit bin.

Dr. Dreckmann: Ich habe keinen Organspendeausweis, aber mein Mann weiß, dass ich Organe spenden will.

Steffens: Ich habe keinen Organspendeausweis. Aufgrund einer schweren Erkrankung in der Jugend darf ich auch keine Organe spenden. Ich habe mir aber immer die Frage gestellt, was würde ich machen, wenn ich mit meinen Kindern in diese Situation käme. Und ich muss ganz ehrlich sagen, ich weiß es nicht.



Fotos: Schälte

Dr. Ute Dreckmann (FDP)



Barbara Steffens (GRÜNE)

Die Interviews führten Stephanie Hajdamowicz und Axel Bäumer.

Zu den GfW-Auslandsvertretungen in Israel und dem Libanon nahm jetzt Klaus Westermeyer, Bereichsleiter bei der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung NRW (GfW), vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss des Landtags (PUA) Stellung. Der PUA soll das Geschäftsgebaren der GfW durchleuchten. Westermeyer (Bild) führte aus, alle Zahlungen – teilweise auch in bar – an Partner der GfW hätten nach seiner Kenntnis auf Verträgen basiert. Die Berichte aus Israel seien nicht immer so gewesen, „wie man es sich gewünscht habe“, lägen aber vor. Die beiden Auslandsvertretungen sind mittlerweile wieder geschlossen.

Foto: Schälte



An den 48 deutschen Medaillen waren 35 NRW-Sportler beteiligt, teilte Sportminister Vesper mit. Besonders die Ballsportler und Reiter waren erfolgreich. 105 Athleten aus nordrhein-westfälischen Sportvereinen waren nach Athen gereist. Insgesamt konnten die deutschen Kanuten mit neun Medaillen die größten Erfolge verbuchen. Als Problem-Sportarten bezeichnete Vesper jedoch Schwimmen, Leichtathletik und Turnen. In der Leichtathletik seien kaum Deutsche auch nur in die Endauscheidung gekommen. Auch bei den Paralympics nahmen 44 Sportler aus NRW teil, die bis zum 26. September bereits vier Gold-, drei Silber- und fünf Bronzemedallien erringen konnten.

Vesper stellte ein Zehn-Punkte-Programm zur Förderung des Spitzensports vor. Die Verbindung von Schule und Leistungssport müsse gefördert werden. Schülerinnen und Schüler bzw. Absolventen von Eliteschulen des Leistungssports seien in Athen sehr erfolgreich gewesen. In NRW gibt es Eliteschulen in Bonn, Bochum, Essen, Leverkusen und Winterberg. Derzeit hörten viele Talente nach dem Juniorenalter mit dem Leistungssport auf. Der Übergang müsse verbessert werden, etwa indem die Hochschulen den Athleten die Kombination von Studium und Leistungssport erleichterten. Auch die beruflichen Perspektiven müssten in Kooperation mit der Wirtschaft verbessert werden.

KONZENTRATION

Weiter sprach sich der Minister für ein zentrales Lenkungsgremium aus. Die drei Olympiastützpunkte Westfalen-Dortmund, Rhein-Ruhr und Köln-Bonn-Leverkusen sollten sich jeweils auf wenige Sportarten konzentrieren. Im Bereich Leichtathletik plane er ein Aktionsprogramm mit den Verbänden in NRW. Trainer müssten aktuelle Erkenntnisse der Sportwissenschaft umsetzen – sonst würden sie in Zukunft nicht mehr gefördert.

Talentschmiede Bundeswehr

Ausschuss zieht Folgerungen aus der Olympiade in Athen

Die Olympischen Sommerspiele in Athen sind vorbei, die Vorbereitung für Peking 2008 hat bereits begonnen. Der Sportausschuss (Vorsitz: Gisela Hinnemann, CDU) informierte sich über die Olympia-Ergebnisse aus NRW-Sicht. Sportminister Dr. Michael Vesper (GRÜNE) und Ulrich Feldhoff, Vizepräsident des Deutschen Sportbundes, sprachen auch über Konsequenzen für die Förderung.

Eine Konzentration der Fördermittel auf weniger Leistungszentren als bisher (etwa 350) sei nötig. An den übrigen Standorten soll weiterhin eine Einzelbetreuung von wenigen Talenten möglich sein („Nesterförderung“).

Ulrich Feldhoff, der auch Vorsitzender des Bundesausschusses Leistungssport ist, räumte erhebliche Defizite ein. Nicht einmal jeder zweite nominierte Athlet sei in die Endrunde gekommen – die Quote sei noch nie so schlecht gewesen. Deutschland habe das schlechteste Ergebnis seit 1912 erzielt. Europa als Ganzes habe verloren, Asien gewonnen. Am erfolgreichsten seien in Athen die Wassersportler gewesen, die 40 Prozent der Medaillen holten. Doch ohne eine Verbesserung in den drei Kernsportarten Leichtathletik, Schwimmen und Turnen sei eine gute Platzierung Deutschlands in Zukunft nicht mehr möglich.

Bei den Konsequenzen stimmte Feldhoff in vielen Punkten mit Vesper überein. Wichtig sei eine größere Konzentration von Bundeskadern auf weniger Stützpunkte. Man habe bereits begonnen, ein „Team Peking“ mit potenziellen Medaillenanwärtern für Olympia 2008 zusammenzustellen. Die Kaderstruktur müsse verändert werden, die bisherigen B-Kader brächten nichts. Von dort schaffe kaum jemand den Sprung in den A-Kader. Feldhoff

wies darauf hin, dass ein Großteil der Medaillen von Bundeswehrangehörigen gewonnen wurde. Er regte an, ob nicht auch Polizeiausbildungsstätten eine ähnliche Rolle einnehmen könnten. In anderen Ländern wie Italien sei dies bereits der Fall.

ELITESCHULEN

In der anschließenden Diskussion warnte Dr. Annemarie Schrapf (CDU), bis 2008 sei es nicht mehr weit. Sie wolle wissen, ob die Eliteschulen wirklich Elite seien? Feldhoff antwortete, ein Problem der Eliteschulen sei der große Anteil von Schülerinnen und Schülern, die als Talente aufgenommen wurden, aber nicht mehr leistungsorientiert seien. Hier gebe es Handlungsbedarf.

Dr. Hans Kraft (SPD) forderte eine klare Zielsetzung. „Wir gehören zu den obersten drei oder vier Nationen.“ Ewald Groth (GRÜNE) betonte, auch seiner Partei sei das Wort Elite nicht fremd. Es sei nun wichtig, beim Nachwuchs und an den Hochschulen die richtigen Weichen zu stellen. Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) meinte, es sei nicht Aufgabe der Politik Konzepte zu erstellen, sondern zu überprüfen, ob Konzepte förderungswürdig seien. **AR**

Widrige Wetterbedingungen und Laubfall hatten im Herbst 2003 den NRW-Schiene-nahverkehr zeitweise zum Erliegen und damit tausende Berufspendler zur Verzweiflung gebracht. Dies werde sich in diesem Jahr nicht wiederholen, versprach Bahnchef Hartmut Mehdorn, der bei seinem Besuch im NRW-Verkehrsausschuss (Vorsitz Manfred Hemmer, SPD) für sein neues Nahverkehrskonzept „Herbst 2004“ warb. Der 62-jährige Bahnchef räumte ein, in der Vergangenheit Fehler begangen zu haben: „Wir haben daraus Lehren gezogen, wir wollen besser werden, so etwas soll sich nicht wiederholen.“ Auf Seiten der Landtags-abgeordneten blieben Zweifel.

Vieles ist im letzten Jahr nicht so gelaufen, wie wir uns das vorgestellt haben“, so Mehdorn. Damit habe man nicht nur für Verärgerung in der Bevölkerung gesorgt, sondern das Unternehmen Bahn habe sich selbst Schaden zugefügt. Mehrfach versicherte er im Ausschuss, es werde alles getan, um eine Wiederholung der jahreszeitbedingten Störungen zu vermeiden. Um dieses Ziel zu erreichen, habe die Bahn unter dem Titel „Herbst 2004“ ein Programm mit über 100 Punkten aufgesetzt. Kosten: 25 Millionen Euro. Mehdorn stellte im Landtag einige Kernpunkte des Konzepts vor.

PÜNKTLICHKEIT

Das Hauptproblem ist ein Schmierfilm, der sich aus Herbststaub und Feuchtigkeit auf den Schienen bildet und die Bremswege der Züge verlängert, wodurch diese nicht mehr so schnell fahren dürfen. Die Folge: Fahrpläne können nicht eingehalten werden. Die Lösung: Die Bahn setzt auf ältere und schwerere Fahrzeugmodelle. 20 Lokomotiven, 24 Triebwagen und 80 Wagons wurden zusätzlich aus dem gesamten Bundesgebiet nach NRW zusammgezogen. Damit werden die Fahrgäste jedoch Kompromissbereitschaft beweisen müssen, da die alten Wagen nicht den Komfort der modernen Züge bieten. „Für uns galt die Maxime: Pünktlichkeit vor Modernität“, so Mehdorn.

Außerdem wurde ein „Schmierfilmkataster“ erstellt. Konkret bedeutet das: Wo im vergangenen Herbst die modernen leichten Triebwagen ins Rutschen kamen, sollen in

diesem Herbst die älteren schweren Fahrzeuge fahren. Zudem wurden spezielle Reinigungs-fahrzeuge angeschafft, die besonders betroffene Streckenabschnitte nachts abfahren sollen. Selbst für den Grünschnitt an den Bahngleisen wurde ein Extraplan aufgestellt. Vorhandene Fahrzeuge wurden überarbeitet und mit neuen Besandungsanlagen ausgestattet, die für ein

Das Urteil der verkehrspolitischen Sprecher der Fraktionen fiel verhalten zuversichtlich aus. Mehdorn habe gezeigt, dass er sich Mühe gebe, so Gerhard Wirth (SPD). „Man wird sehen müssen, was die geplanten Maßnahmen tatsächlich bringen werden.“ Heinz Hardt (CDU) wies darauf hin, dass



Pünktlich auch bei schlechtem Wetter
Bahnchef Hartmut Mehdorn stellt Konzept für den Herbst vor

Großes Medieninteresse fand der Besuch des Vorstandsvorsitzenden der Deutsche Bahn AG, Hartmut Mehdorn, im Verkehrsausschuss des Landtags. Kameras und Mikrofone umringten den Bahnchef (L.) und den Ausschussvorsitzenden Manfred Hemmer (r.).

Foto: Schalte

besseres Bremsverhalten sorgen sollen. Darüber hinaus glaubt sich die Bahn mit zusätzlichen Werkstattkapazitäten, 300 Reserve-Achsen und insgesamt 700 Tonnen eingelagertem Sand für den Herbst gewappnet.

Nachbesserungen kündigte Mehdorn auch bei der personellen Ausstattung und beim Kunden-Service an: Insgesamt habe die Bahn 260 zusätzliche Mitarbeiter sowie weitere 50 Servicekräfte eingestellt. 500 Zugbegleiter werden zudem mit speziellen Handys ausgestattet, um die Fahrgäste bei Fahrplanverzögerungen informieren und Hinweise auf Anschlusszüge geben zu können.

Sollte es trotz „Herbst 2004“ zu Verspätungen kommen, werden „zusätzliche Pünktlichkeitspuffer“ in Form von Bereitschaftszügen eingesetzt. Vorsorglich wies Mehdorn darauf hin: „Wir werden auch in diesem Jahr wieder Störungen haben: Es wird immer rabenschwarze Tage geben, da prasseln Unwetter, da macht es Rums, da können wir einfach nichts machen.“ Für den Winter bot Mehdorn einen erneuten Besuch im Düsseldorfer Landtag an. Da könne man Bilanz ziehen, ob das Konzept den gewünschten Effekt für NRW gebracht habe.

das „Canceln von kleineren Haltestellen keine Lösung sein kann“, wenn es um die Verbesserung der Pünktlichkeit geht.

KOMFORT

Christof Rasche (FDP) zeigte Verständnis für die Äußerung Mehdorns, Pünktlichkeit müsse Vorrang vor Komfort haben. Auf längere Sicht dürfe dies jedoch kein Widerspruch sein. Oliver Keymis (GRÜNE) ergänzte: Im Rückblick habe es der Bahn nicht gut getan, Rationalisierungsmaßnahmen auf der Prioritätenliste vor Pünktlichkeit und Service zu setzen. Grundsätzlich begrüßte Verkehrsminister Dr. Axel Horstmann (SPD) die Pläne der Bahn: „Das ist nicht die Lösung aller Probleme, aber wir sind einen Schritt weiter.“ Gleichzeitig forderte er Mehdorn auf, bei Verspätungen im Nahverkehr Fernzüge großzügiger als bisher freizugeben. **ax**

+++Aktuelles+++ aus den Ausschüssen

Unmut über das Verhalten der Landesregierung dem Parlament gegenüber machte sich in der letzten Sitzung des **Hauptausschusses** (Vorsitz Edgar Moron, SPD) breit: Es gelang nämlich nicht, einen kompetenten Vertreter der Staatskanzlei in die Ausschusssitzung zu zitieren. „Skandalös“ fand das die CDU; der Ausschussvorsitzende nannte dies einen „un erfreulichen Vorgang“. Es ging um Fragen von Abgeordneten, die Näheres über die personellen Veränderungen an der Spitze der Staatskanzlei in Erfahrung bringen wollten. Dort war bekanntlich die NRW-Bevollmächtigte beim Bund, Angelika Marienfeld, für den bisherigen Chef der Staatskanzlei, Wolfram Kuschke, als Nachfolgerin ernannt worden. Kuschke, nun zuständig für Europa- und Bundesangelegenheiten sowie Internationales und Medien, hatte dem Vorsitzenden zuvor mitgeteilt, er sei wegen einer Sitzung in Berlin verhindert.

+++

Widerstandslos wollen die Landtagsfraktionen die geplante Fahrpreiserhöhung der Bahn zum 12. Dezember nicht hinnehmen. Dies belegten sie mit einem gemeinsamen Antrag aller vier Fraktionen, den sie in der jüngsten Sitzung des **Verkehrsausschusses** (Vorsitz Manfred Hemmer, SPD) eingebracht haben. Darin fordern sie die Landesregierung auf, den neuen Tarifen im Nahverkehr nicht zuzustimmen. Eine Preiserhöhung sei im Moment das falsche Signal an die Kunden. Zudem stelle der Preisaufschlag für Tickets, die am Schalter gekauft werden, eine Benachteiligung für sozial schwache Gruppen und Menschen mit Behinderungen dar. Insbesondere ältere Menschen hätten oftmals noch Zugangsprobleme zum Internet und aufgrund von Seh- oder Motorikeinschränkungen Probleme beim Bedienen von Automaten.

+++

In Zukunft wird es zwischen den Ruhrfestspielen Recklinghausen und der RuhrTriennale nur noch eine terminliche Verknüpfung geben. Triennale-Chef Jürgen Flimm werde auch keine Funktion innerhalb der Ruhrfestspiele übernehmen. Das teilte die Landesregierung im **Kulturausschuss** (Vorsitz Dr. Renate Dütt-

mann-Braun, CDU) mit. Über die Konzepte beider Kulturereignisse will sich der Ausschuss demnächst von den beiden Verantwortlichen Jürgen Flimm sowie dem künstlerischen Leiter der Ruhrfestspiele und Castorf-Nachfolger Frank Hoffmann informieren lassen. Weiter beschäftigen wird sich der Ausschuss auch mit der Situation an der Essener Zeche Zollverein. Hier steht ein von der CDU eingeforderter Bericht anlässlich hoher Kosten noch aus.

+++

Das Land Nordrhein-Westfalen trennt sich von diversen Liegenschaften. Einstimmig stimmte der **Haushalts- und Finanzausschuss** (Vorsitz Volkmar Klein, CDU) dem Verkauf der Telekomniederlassung „Am Gut Wolf“ in Aachen,



Illustration: h₂m

des ehemaligen Landtagsverwaltungsgebäudes in der Düsseldorf-Kronprinzenstraße und des ehemaligen Land- und Amtsgerichts Düsseldorf auf der Mühlenstraße zu. Bei Enthaltung der Oppositionsfraktionen beschloss der Ausschuss den Verkauf diverser Einfamilienreihenhäuser in verschiedenen Städten des Landes. Diese als „Aktion Union“ bezeichneten Gebäude werden als Wohnungen für verbündete Streitkräfte der Bundesrepublik genutzt.

+++

Mit dem Thema „Berufskollegs in NRW leiden unter ungeplantem Bewerberandrang

Handlungsmaßnahmen der Landesregierung zur Problemlösung“ hat sich der **Ausschuss für Schule und Weiterbildung** (Vorsitz: Dr. Heinz-Jörg Eckhold, CDU) auf Antrag der FDP-Fraktion im Rahmen einer Aktuellen Viertelstunde befasst. Dr. Elmar Schulz-Vanheyden, Staatssekretär im Schulministerium, sagte, im Haushalt 2004 seien die Schülerzahlen angemessen berücksichtigt. Man sei davon ausgegangen, dass sich die Zahl der Schülerinnen und Schüler im dualen System verringert, in vollzeitlichen Bildungsgängen jedoch erhöht. Die Zahl der Lehrerstellen sei entsprechend gesteigert worden. Wartelisten bei vollzeit-schulischen Bildungsgängen seien jedoch normal.

+++

Der Botschafter der Türkei soll zu einem Gespräch mit dem **Hauptausschuss** eingeladen werden. Auf diesen Vorschlag aus den Reihen der Liberalen haben sich die Fraktionen geeinigt. Der Botschafter soll als Experte vom Ausschuss angehört werden. Der Ausschuss berät über den FDP-Antrag „Nordrhein-Westfalen – Türkei: Informationsaustausch verbessern; Gegenseitiges Kennenlernen schafft Respekt und Verständnis füreinander“ (Drs. 13/5137 neu). Die GRÜNE-Fraktion regte an, sich um das Zustandekommen eines interfraktionellen Antrags zu bemühen. Der Antrag selbst sei „zu dünn“, urteilte die SPD, während von Seiten der CDU „Sympathie“ erklärt wurde.

+++

Das Jugendfördergesetz NRW wird vermutlich Anfang 2005 in Kraft treten. Der Entwurf der Regierungskoalition (Drs. 13/5576) ist im **Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie** (Vorsitz: Annegret Krauskopf, SPD) gegen die Stimmen der Opposition angenommen worden. Rot-Grün änderte den eigenen Entwurf in zehn Punkten und setzte so einige Forderungen aus der öffentlichen Anhörung vom Juli um. Die Anträge von CDU (Drs. 13/5392) und FDP (Drs. 13/5578) wurden von der rot-grünen Mehrheit abgelehnt. Es war den vier Fraktionen trotz intensiver Verhandlungen nicht gelungen, sich auf einen gemeinsamen Gesetzentwurf zu einigen. Unstimmigkeit herrschte bei der Frage der Finanzierung. Die Opposition hatte gefordert, Kürzungen für 2005 zurückzunehmen. Das neue Gesetz soll die Förderung der Kinder- und Jugendarbeit durch das Land und die Kommunen regeln.

Mehr Selbstverantwortung

Abgeordnete hören Sachverständige zu Gesetzentwurf an

Die Selbstverantwortung der Hochschulen stärken – das erklärte Ziel des Gesetzentwurfs der Landesregierung zur Weiterentwicklung der Hochschulreform (Drs. 13/5504) stieß bei den meisten Sachverständigen auf Zustimmung. Bei Themen wie der Juniorprofessur und Bachelor/Master-Studiengängen herrschte weniger Einigkeit. Die Mitglieder des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung (Vorsitz: Joachim Schultz-Tornau, FDP) informierten sich Mitte September in einer sechsstündigen Anhörung mit fast 30 Sachverständigen über die verschiedenen Vorschläge.

Professor Dr. Dieter Timmermann von der Landesrektorenkonferenz (LRK) der Universitäten begrüßte, dass in Zukunft die einzelnen Hochschulen für die Berufung von Professoren zuständig sein sollen. Der geplante Berufungsvorbehalt des Ministeriums jedoch widerspreche dem Ziel, die Rechte der Universitäten zu stärken. Auch stoße die Einführung von Bachelor/Master-Abschlüssen nicht an allen Universitäten auf Zustimmung. Durch die Umstellung werde ein erheblicher Mehraufwand erwartet.

Professor Dr. Joachim Metzner, LRK der Fachhochschulen, sagte voraus, das Gesetz werde „nicht lange Bestand haben“. Die bestehenden Leitungsstrukturen der Hochschulen müssten den Reformen angepasst werden. Er forderte die Abgeordneten auf, dafür zu sorgen, dass nur Hochschulen die Bachelor/Master-Abschlüsse vergeben dürften. Derzeit würden diese Titel auch bei beruflichen Fortbildungskursen vergeben. Dies sei ein „hochproblematischer deutscher Sonderweg“.

Dr. Michael Stückradt, Sprecher des Arbeitskreises der Kanzlerinnen und Kanzler der Universitäten des Landes, sagte, es sei unbedingt nötig, den Termin zur Einführung der Bachelor/Master-Abschlüsse zu verschieben. Eine Qualitätssicherung sei sonst nicht

gegeben. Wie die LRK der Universitäten sprach er sich dafür aus, die Habilitation als Zugangsweg zur Professur zu erhalten. Hans Stender, Arbeitsgemeinschaft der Kanzlerinnen und Kanzler der Fachhochschulen, machte auf das Problem der befristeten Arbeitsverträge aufmerksam. Nach der Aufhebung der 5. Novelle des Hochschulrahmengesetzes durch das Bundesverfassungsgericht sei diesen Verträgen die Rechtsgrundlage genommen.

Dr. Peter Michael Lynen, Sprecher des Kanzlerkreises der Kunsthochschulen des Landes, bezog zur geplanten Integration des Kunsthochschulgesetzes in das Hochschulreformgesetz Stellung. Hierzu lag den Abgeordneten ein Antrag der CDU-Fraktion (Drs. 13/5552) vor, der sich gegen eine solche Eingliederung richtet. Wie Lynen be-

richtete, möchten vier der sieben Kunsthochschulen das bestehende separate Kunsthochschulgesetz behalten. Dies sei eine Frage des Selbstverständnisses und anders gearteter Bildungsgänge.

Als Vertreter der Studenten sprach sich Kay Reif vom Landes-ASten-Treffen NRW gegen eine Änderung der Binnenorganisation der Hochschulen aus. Eine Zentralisierung von Kompetenzen auf das Rektorat bedrohe die Idee der Gruppenhochschule. Reif kritisierte scharf, dass für die Betreuung und Auswahl von ausländischen Studierenden künftig Gebühren erhoben werden können. „So holt man sich nicht die klügsten, sondern die reichsten Köpfe ins Land!“

Fakten

Das nordrhein-westfälische Hochschulrecht wurde zuletzt im April 2000 umfassend novelliert. Erfahrungen aus der Umsetzung sind in den neuen Entwurf eingeflossen. Außerdem hat das Land die Aufgabe, Bundesrecht umzusetzen, und zwar das 5. Gesetz zur Änderung des Hochschulrahmengesetzes. Folgende Änderungen sind – neben einer Stärkung der Weiterbildung und Gleichberechtigung – vorgesehen: Die Hochschulen können ihre Binnenstruktur künftig selbst festlegen. Die Berufung von Professoren wird an die Hochschulen delegiert, bei einigen Besoldungsgruppen behält sich das Ministerium aber weiter Einvernehmen vor. Die Juniorprofessur wird zum Regelqualifikationsweg für eine Professur. Bis zum Wintersemester 2006/07 sollen fast alle Studiengänge auf Bachelor- und Master-Abschlüsse umgestellt werden. Das bisherige Kunsthochschulgesetz aus dem Jahre 1987 wird aufgehoben und in das neue Hochschulgesetz integriert.

Benedikte Winterstein vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) warnte, die geplanten Umstrukturierungen drohten das Hochschulpersonal zu überlasten. Sie kritisierte, dass Deutschland laut der jüngsten OECD-Studie unterdurchschnittlich in seine Hochschulen investiere. Dr. Bernhard Keller, Landesvereinigung der Arbeitgeberverbände NRW,

forderte eine „marktkonforme Gebührenpolitik“. Beim Thema Juniorprofessur contra Habilitation sprach er sich für einen „Wettbewerb der Qualifikationswege“ aus. **AR**



Stets an der Seite der Feuerwehren des Landes:

Das Parlament. Für die vorbildliche Arbeit der Helferinnen und Helfer gebühre ihnen die höchste Anerkennung des Hauses, sagte Landtagspräsident Ulrich Schmidt beim Parlamentarischen Abend, zu dem sich die gern gesehenen Gäste des Landesfeuerwehrverbandes NRW mit den Abgeordneten getroffen haben. Mut, Pflichtbewusstsein, Kameradschaft und Solidarität würden als Tugenden von den Feuerwehrleuten im Lande gelebt, betonte der Präsident. Unser Bild zeigt (v.r.) Abgesandte von Feuerwehren aus Düsseldorf, Hamm, Erftstadt, Dortmund, Duisburg sowie den stellvertretenden Landesjugendfeuerwehrwart vom Landesfeuerwehrverband. **Foto: Schälte**

SPD

Jugendfördergesetz kommt jetzt in entscheidende Phase

Die Landtagsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben den Weg frei gemacht für eine zügige Verabschiedung des Jugendfördergesetzes. „Wir stellen die Projekte, Einrichtungen und Träger der Jugendhilfe auf eine stabile Grundlage und erwarten auch von den Kommunen ein entsprechendes Engagement“, erklärte Bernd Flessenkemper, jugendpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion.

Verhandlungen über einen gemeinsamen Gesetzentwurf mit den Oppositionsparteien seien gescheitert, weil diese keine tragfähigen Finanzierungsvorschläge für eine Erhöhung der Mittel für 2005 vorlegen konnten. „Die Koalitionsfraktionen sichern zu, dass die Infrastruktur der Kinder- und Jugendhilfe durch geeignete Maßnahmen gesichert wird und der Personalbestand gehalten werden kann“, betonte Flessenkemper.

Neben der langfristigen finanziellen Absicherung der Kinder- und Jugendarbeit gehe es auch inhaltlich um eine neue Ausrichtung. Für alle Bereiche gelte, dass sie sich den Wandlungsprozessen im Alltag junger Menschen stellen und sich entsprechend modernisieren müssten. Einige Schwerpunkte seien deshalb die Stärkung und der Ausbau des Zusammenwirkens von Einrichtungen und Trägern der Jugendhilfe mit Schulen aller Stufen; die Entwicklung von Angeboten der Prävention und Hilfe für Kinder in Konfliktsituationen oder Notlagen; geschlechtsspezifische Angebote sowohl als Querschnittsaufgabe als auch als mädchen- und jungenbezogene besondere Angebote sowie der sinnvolle und kompetente Umgang mit neuen Medien.

FDP

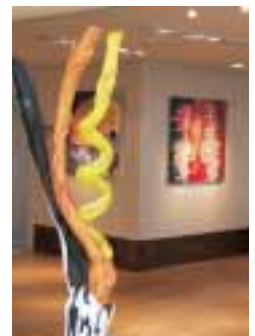
FDP-Fraktion: Schluss mit dem Ladenschluss

In der Debatte um den Ladenschluss hat die FDP-Fraktion die Landesregierung aufgefordert, sich unverzüglich der Reforminitiative zur Liberalisierung des Ladenschlusses anzuschließen. „Schluss mit dem Ladenschluss“ lautet daher die Forderung der FDP-Fraktion. Eine Freigabe der Ladenöffnungszeiten an Werktagen sei dringend erforderlich, um den veränderten Lebensgewohnheiten der Menschen und den tiefgreifenden Veränderungen im Handel gerecht zu werden. Daher forderte die FDP-Fraktion die Landesregierung in einem Antrag auf, nach Übertragung der Gesetzgebungszuständigkeiten für den Ladenschluss auf die Länder umgehend einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die völlige Freigabe der Ladenöffnungszeiten an Werktagen vorsieht. „Handel und Dienstleistern muss die Chance gegeben werden, in eigener Verantwortung und ohne Zwang vor Ort auf die Wünsche und Bedürfnisse ihrer Kunden einzugehen“, sagte der Vorsitzende der FDP-Fraktion, Dr. Ingo Wolf. Denn während die meisten Bundesländer überflüssige Bürokratie abbauten, stehe Nordrhein-Westfalen mal wieder auf der Bremse. „Durch das sture Festhalten an den alten Regelungen wird der Wirtschaftsstandort NRW weiter an Attraktivität verlieren“, prognostizierte Wolf.

CDU

Ausstellung im neuen Foyer: „Im Banne des Zauberers“

Nach der Sommerpause im nordrhein-westfälischen Landtag und den Modernisierungsmaßnahmen im Foyer der CDU-Fraktion wurde jetzt die Ausstellung des Künstlers Paulo de Oliveira eröffnet. Mit den neuen Lichtkanälen, die durch ihr warmes Licht das gesamte CDU-Foyer in außergewöhnlicher Helligkeit erstrahlen lassen, werden die Gemälde und Skulpturen zu einem wahren Augenschmaus. Für den sechsten Künstler, der in diesem Jahr bei der CDU ausstellt, begrüßte der Mülheimer Abgeordnete Hans-Martin Schlebusch die Förderer des brasilianischen Künstlers, Michael Orth und Sylvia Steinbichler, ebenfalls aus Mülheim. Leider konnte der Künstler selber bei der Ausstellungseröffnung nicht dabei sein. Die Eheleute Orth/Steinbichler haben durch mehrjähriges kontinuierliches Sammeln von Werken Paulo de Oliveira Simoes und aufgrund des zwischenzeitlich großen Umfangs der Sammlung die Firma „art selection“ gegründet. Erstmals wurden 1999 die Werke einem größeren Publikum vorgestellt. Bis in den November kann sich nun die CDU-Landtagsfraktion über die fast 20, teilweise großformatigen Gemälde und herausragenden Skulpturen freuen, die in ihren schönsten Farben das Foyer bunter und fröhlicher machen.



GRÜNE

Fraktionsbeschluss wird zur Diskussion gestellt: Fachtagung „Zukunft des Islam in NRW“

Beim Thema „Islam“ ist die Bandbreite der Assoziationen groß: vom islamischen Religionsunterricht über das Bestattungsgesetz bis zum Kopftuchstreit. Nicht erst die Terroranschläge, die islamistische Extremisten weltweit verübt haben, lassen einigen den Islam als Bedrohung der so genannten abendländischen Kultur erscheinen. Damit nicht Vorurteile und Misstrauen das Verhältnis zwischen Muslimen und Staat entscheidend prägen, ist es notwendig, ins Gespräch zu kommen und im Gespräch zu bleiben. Um sich zu informieren, wie ein geregelter Dialog organisiert werden kann, reiste eine Delegation der Grünen Landtagsfraktion nach Wien und brachte viele beeindruckende Erkenntnisse mit. Dies führte vor der Sommerpause zu dem Fraktionsbeschluss „Für ein neues Verhältnis zwischen dem Land NRW und seinen muslimischen Bürgerinnen und Bürgern“.

Das Thema „Zukunft des Islam in NRW“ und diesen Beschluss stellt die Fraktion nun zur öffentlichen Diskussion. Am 8. Oktober sollen sie in einer Fachtagung mit Experten und Betroffenen erörtert werden. Dabei werden nicht nur Vertreter von Land und Bund zu Wort kommen, sondern auch Professor Dr. Elsayed Elshahed (Universität Kairo und Leiter der Islamischen Religionspädagogischen Akademie Wien), Vertreter des Bundesverfassungsschutzes und weitere Experten.

Der Beschluss, das Programm und das Anmeldeformular finden sich auch auf unserer Homepage: <http://www.gruene.landtag.nrw.de>



Porträt der Woche: Ralf Jäger (SPD)

1982. Regierungswechsel in Bonn. Ralf Jäger hört die Regierungserklärung des neuen CDU-Bundeskanzlers. Helmut Kohl ruft zur „geistig-moralischen Wende“ in der Bundesrepublik auf. Für den 20-Jährigen Duisburger ein Grund, spontan zum Telefon zu greifen und der SPD beizutreten. Denn: „Ich fand die Moral in Deutschland völlig in Ordnung! Gegen solches Ansinnen wollte ich was unternehmen. Aber dann hat es doch noch 16 Jahre gedauert, bis sich wieder was geändert hat,“ lacht der junge Abgeordnete heute.

Dass er sich die Sozialdemokraten für sein politisches Engagement aussuchte, sei für ihn von Anfang an klar gewesen. „Mein Vater ist früh verstorben und ich war das einzige von vier Kindern, das aufs Gymnasium gehen konnte. Ich habe damals von der sozial-liberalen Bildungspolitik profitiert.“ Die Förderung von Menschen mit geringen Chancen qua Herkunft ist Ralf Jägers Thema geblieben.

In seinem Wahlkreis Duisburg-Meiderich leben viele von ihnen, Sozialhilfeempfänger, viele Migranten, viele arme Familien. Traditionell wählt man hier sozialdemokratisch. Und so schaffte es der Neuling bei den letzten Landtagswahlen auch, mit 60,4 Prozent den Stimmenrekord für die SPD im Land zu holen. Kein anderes Fraktionsmitglied der SPD kann ihm da das Wasser reichen. Ralf Jäger scheint das fast ein bisschen unangenehm zu sein. Schnell verweist er auf die miserable Wahlbeteiligung von knapp über 50 Prozent.

Jäger war 14 Jahre lang Fachreferent bei der Techniker Krankenkasse, bevor er in den

Landtag einzog. Auch hier legt er einen Schwerpunkt seiner Tätigkeit auf die Gesundheitspolitik: Er ist Sprecher der Enquete-Kommission „Zukunft der Pflege“ und Mitglied im Ausschuss „Arbeit, Gesundheit, Soziales“. Dazu kommt ein neues Amt: Jäger ist seit wenigen Monaten kommunalpolitischer Sprecher seiner Fraktion. Er bringt eine mehrjährige Erfahrung aus dem Duisburger Stadtrat mit. „Kommunalpolitik hat mich einfach immer interessiert.“ Im Alter von 27 Jahren nahm er zum ersten Mal für die SPD im Rat der Stadt Duisburg Platz, einige Jahre später wurde er dort stellvertretender Fraktionsvorsitzender.

KOMMUNALPOLITIK

Neben seinem Landtagsmandat engagiert sich Jäger als ehrenamtlicher Aufsichtsratsvorsitzender einer Beschäftigungsgesellschaft in seinem Wahlkreis. Menschen mit wenig Chancen wieder in Arbeit zu bringen, das ist das Ziel. Und dazu gehört, Hilfe anzubieten – aber auch Engagement des Hilfesuchenden einzufordern. „So muss jeder, der Sozialhilfe beantragt, ein Beratungsgespräch wahrnehmen, in dem seine individuelle Situation begutachtet und Hilfestellungen angeboten werden. Denn das Ziel ist, arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger in Arbeit zu bringen. „Aber wer den Termin sausen lässt, der bekommt erst mal keine Sozialhilfe. Fördern und fordern, das ist das richtige Prinzip.“

Trotz der umstrittenen Hartz IV-Gesetze:

Reformen im Sozial- und Arbeitssystem hält Jäger für unumgänglich, und auch die generelle Richtung seiner Partei hält er für richtig. Aber er ärgert sich über die schlechten Umfrageergebnisse seiner Partei. Die seien auch hausgemacht: „Weil sie zum Teil auf groben handwerklichen Fehlern basieren.“ Und die haben die Parteifreunde in Berlin zu verantworten. Im Wahlkreis erlebt Jäger die große Enttäuschung seiner Stammwähler hautnah. Da führt er Gespräche, die ihn oft ratlos zurücklassen. Etwa wenn DGB-Rentner trotz langer Erklärungen beim Abschied dann doch sagen, dass sie diese Politik von „ihrer“ SPD nicht erwartet hätten.

Als Ausgleich zur Politik liebt Ralf Jäger das Fußballspielen und den 10.000-Meter-Lauf. Er lebt als alleinerziehender Vater zusammen mit seiner elfjährigen Tochter Dana. Und wie findet die den Beruf ihres Vaters? Ist sie stolz? „Nö, Dana findet meinem Beruf eher peinlich“, erzählt Ralf Jäger und lacht.

*Autorin:
Beate Becker*



Tag der Medienkompetenz



Zum zweiten Mal laden Landtag und Staatskanzlei zum „Tag der Medienkompetenz“ ein. Er steht diesmal unter dem Motto „NRW: Neues lernen“. Im Parlamentsgebäude diskutieren am 9. und 10. November Jugendliche, Medienschaffende, Politikerinnen und Politiker über Chancen und Grenzen von neuen und alten Medien. Die Durchführung der Veranstaltungen, darunter ein Symposium im Plenarsaal, liegt beim Europäischen Zentrum für Medienkompetenz (ecmc); Partner ist die Landesanstalt für Medien.

Schon seit vergangenem Monat haben Arbeitsgruppen aus Abgeordneten, Jugendlichen, Seniorinnen und Senioren Thesen und Vorschläge erarbeitet. Parallel dazu haben Mediengruppen die Themen audiovisuell als Multimedia-Präsentationen für das Symposium umgesetzt. Themen sind etwa Lernen mit (Neuen) Medien, Computerspiele – schädlich oder lehrreich? und Kompetenzen für die Medienwirtschaft.

Für den Besuch des Tages der Medienkompetenz ist eine vorherige telefonische Anmeldung (zwischen 10 und 16 Uhr) unter 02 365/9404-65 erforderlich. Die Internetadresse der Website lautet www.tagdermedienkompetenz.de. Dort sind auch weitere Informationen zu dem Programm, den präsentierten Projekten, den Ausstellern sowie den Ergebnissen der Arbeitsgruppen zu finden.

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 101143, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Stephanie Hajdamowicz (Chefredakteurin), Jürgen Knepper (Chef vom Dienst), Fotoredaktion: Bernd Schälte, Volontär: Axel Bäumer
Telefon (02 11) 884-23 03, 884-23 04, 884-23 09 und 884-25 45, Fax 884-30 70, pressestelle@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Helmut Stahl MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Marianne Thomann-Stahl MdL (FDP), Parlamentarische Geschäftsführerin; Johannes Remmel MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressesprecher; Norbert Neß (CDU), Pressesprecher; Holger Schlienkamp (FDP), Pressesprecher; Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Satz/Gestaltung/Layout:

h₂m Kommunikations-Agentur, Duisburg · www.h2-m.de

Herstellung und Versand:

VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf

Internet-Adresse: www.landtag.nrw.de

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Geburtstagsliste

Vom 9. Oktober bis 6. November 2004

9.10. Stephan Gatter (SPD)	(49)
10.10. Ewald Groth (GRÜNE)	(51)
11.10. Helga Gießelmann (SPD)	(55)
12.10. Günter Langen (CDU)	(69)
12.10. Dr. Fritz Behrens (SPD)	(56)
13.10. Manfred Degen (SPD)	(65)
13.10. Wolfgang Schmitz (CDU)	(56)
16.10. Klaus Stallmann (CDU)	(59)
23.10. Bernhard Schemmer (CDU)	(54)
24.10. Reinhold Sendker (CDU)	(52)
25.10. Carina Gödecke (SPD)	(46)
29.10. Sybille Haußmann (GRÜNE)	(44)
30.10. Ina Meise-Laukamp (SPD)	(47)
4.11. Brigitte Herrmann (GRÜNE)	(54)
6.11. Brigitte Speth (SPD)	(60)

Ulrich Schmidt, Landtagspräsident, ist vom LandesMusikRat NRW mit der Silbernen Stimmgabel geehrt worden. Damit zeichnete die Dachorganisation der Musikverbände den Präsidenten „für sein besonderes Engagement, sein nicht nachlassendes Interesse und für seinen erfolgreichen Einsatz für das Musikleben im Allgemeinen und für die Musik im Amateurbereich im Besonderen“ aus.

Christian Lindner (FDP), jüngster Abgeordneter im Düsseldorfer Landtag, soll neuer Generalsekretär der NRW-FDP werden. Der 25-Jährige Wermelskirchener will in seinem neuen Amt verstärkt junge Wähler für die FDP gewinnen.

Josef Hovenjürgen (CDU), Landtagsabgeordneter aus Düsseldorf, ist als ordentliches Mitglied in den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss I gewählt worden. Er tritt dort die Nachfolge des nach seiner Wahl ins Europaparlament aus dem Landtag ausgeschiedenen Fraktionskollegen Herbert Reul an. Dessen Nachfolgerin im Ältestenrat des Landesparlaments wurde **Regina van Dinther** (CDU), Landtagsabgeordnete aus Hattingen. Die Abgeordnete folgt auch im Wahlprüfungsausschuss auf Reul nach.

Bernhard von Grünberg (SPD), Landtagsabgeordneter aus Bonn, ist neuer Sprecher seiner Fraktion für Eine-Welt-Politik. Er tritt die Nachfolge seiner Fraktionskollegin Karin Jung an, die dieses Amt abgegeben hat, weil sie für den nächsten Landtag nicht mehr kandidiert.

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Karl-Wolfgang Brandt, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Dr. Karl-Heinz Vogt, laden die Abgeordneten des Landtags NRW am 7. Oktober 2004 ein: 8.00 Uhr Parlamentsfrühstück im Landtagsrestaurant und 9.15 Uhr Landtagsandacht im Raum E 3 Z 03.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Als Testlauf ...

... für die Landtagswahl im kommenden Frühjahr nutzten zahlreiche Sendeanstalten und Journalisten die Berichterstattung über die NRW-Kommunalwahl. Im Landtagsgebäude hatten sie Sendestudios aufgebaut und warteten mit Mikrofon, Kamera und gespitztem Bleistift auf die Stellungnahmen von Landespolitikern und Parteivorsitzenden. Das Foto zeigt Jörg Schönenborn, Chefredakteur des WDR-Fernsehen, der im Rahmen einer ARD-Wahlsondersendung aus der Wandelhalle des Landtags live berichtete.

Foto: Schälte